



Analysen eidgenössischer Urnengänge  
 Analyses des votations fédérales  
 Analisi delle votazioni federali

# Analyse der eidgenössischen Abstimmungen vom 26. Nov. 2000

Andreas Sidler, Michael Rorato, Uwe Serdült, Sibylle Hardmeier

Abstimmungsergebnisse	Ja	Nein
<b>Volksinitiative «für eine Flexibilisierung der AHV – gegen die Erhöhung des Rentenalters für Frauen» (Flexibilisierungs-Initiative)</b>	<b>755'503 39.0%</b>	<b>1'160'475 61.0%</b>
<b>Volksinitiative «für ein flexibles Rentenalter ab 62 für Frau und Mann» (Rentenalter 62)</b>	<b>885'636 46.0%</b>	<b>1'038'563 54.0%</b>
<b>Volksinitiative «Sparen beim Militär und der Gesamtverteidigung – für mehr Frieden und zukunftsgerichtete Arbeitsplätze (Umverteilungs-Initiative)»</b>	<b>722'982 38.0%</b>	<b>1'198'688 62.0%</b>
<b>Volksinitiative «für tiefere Spitalkosten»</b>	<b>344'213 18.0%</b>	<b>1'573'059 82.0%</b>
<b>Bundespersonalgesetz</b>	<b>1'256'249 67.0%</b>	<b>620'719 33.0%</b>
Stimmbeteiligung	41.2%	



GfS Forschungsinstitut  
 Geschäftsbereich Politik und Staat  
 Hirschengraben 5, Postfach 6323, 3001 Bern  
 Telefon 031 311 08 06, Telefax 031 311 08 19  
 e-mail: gfs@gfs-be.ch

Universität Zürich Institut für Politikwissenschaft  
 Abteilung Innenpolitik/Vergleichende Politik  
 Karl Schmid-Strasse 4, 8006 Zürich  
 Telefon 01 634 38 41, Telefax 01 634 49 25

VOX Nr. 72

IPZ Bibliothek  
 Politische Wissenschaft

## Impressum

Die VOX-Analysen eidgenössischer Urnengänge kommentieren seit 1977 alle Volksabstimmungen auf nationaler Ebene aufgrund repräsentativer Befragungen. Für die kontinuierliche Durchführung zeichnet das GfS-Forschungsinstitut (Zürich/Bern) verantwortlich. Die Federführung für die Analyse der vorliegenden Nummer liegt beim Institut für Politikwissenschaft, Abteilung Innenpolitik/Vergleichende Politik, Universität Zürich.

## Institut für Politikwissenschaft Universität Zürich (IPZ)

Gesamtverantwortung: Sibylle Hardmeier, Ulrich Klöti  
Analyse/Auswertung: Andreas Sidler, Michael Rorato, Uwe Serdült, Sibylle Hardmeier

## GfS-Forschungsinstitut, Abteilung «Politik und Staat» (Bern)

Gesamtverantwortung: Claude Longchamp  
Projektleitung: Urs Bieri  
Sekretariat: Silvia Ratelband-Pally  
Telephonbefragung, Feldchef: Georges Ulrich  
CATI-Support: Dragan Ljubisavljevic  
EDV-Auswertung: Lukas Golder

## Bestellungen

Die VOX-Analysen können für Fr. 75.– (Ausland: Fr. 85.–) pro Jahr abonniert werden. Einzelnummern können für Fr. 25.– (Ausland: Fr. 30.–) bezogen werden. Alle zurückliegenden Jahrgänge zusammen (1977 bis 2000) können für Fr. 600.– nachbezogen werden. Bestellungen sind zu richten an: GfS-Forschungsinstitut, Sekretariat, Postfach 6323, 3001 Bern.

## Zitierweise

Vorliegende Nummer: Sidler, Andreas et al. (2001): Analyse der eidg. Abstimmung vom 26. November 2000, VOX Nr. 72, GfS und IPZ, Zürich. Allgemein: VOX-Analysen eidg. Urnengänge, hrsg. vom GfS-Forschungsinstitut in Zusammenarbeit mit den politikwissenschaftlichen Instituten der Universitäten Bern, Genf und Zürich, 1977 ff.

# Inhaltsverzeichnis

<b>1. Der Meinungsbildungsprozess und die Partizipation.....</b>	<b>5</b>
1.1 Die Bedeutung der Vorlagen .....	5
1.2 Die Entscheidungsschwierigkeit.....	7
1.3 Die Nutzung der Medien und der Zeitpunkt des Entscheids.....	7
<b>2. Die Volksinitiativen «für eine Flexibilisierung der AHV – gegen die Erhöhung des Rentenalters für Frauen» (Flexibilisierungs-Initiative) und «für ein flexibles Rentenalter ab 62 für Frau und Mann» (Rentenalter 62) ..</b>	<b>8</b>
2.1 Die Ausgangslage .....	8
2.2 Die Wahrnehmung.....	9
2.3 Das Abstimmungsprofil.....	10
2.4 Entscheidungsmotive .....	12
2.5 Pro- und Kontra-Argumente.....	13
<b>3. Die Volksinitiative «Sparen beim Militär und der Gesamtverteidigung – für mehr Frieden und zukunftsgerichtete Arbeitsplätze» (Umverteilungs-Initiative) .....</b>	<b>15</b>
3.1 Die Ausgangslage .....	15
3.2 Die Wahrnehmung.....	16
3.3 Das Abstimmungsprofil.....	16
3.4 Entscheidungsmotive .....	19
3.5 Pro- und Kontra-Argumente.....	19
<b>4. Das Referendum über das Bundespersonalgesetz (BPG).....</b>	<b>21</b>
4.1 Die Ausgangslage .....	21
4.2 Die Wahrnehmung.....	21
4.3 Das Abstimmungsprofil.....	22
4.4 Entscheidungsmotive .....	24
4.5 Pro- und Kontra-Argumente.....	26
<b>5. Die Volksinitiative «für tiefere Spitalkosten» .....</b>	<b>28</b>
5.1 Die Ausgangslage .....	28
5.2 Die Wahrnehmung.....	28
5.3 Das Abstimmungsprofil.....	29
5.4 Entscheidungsmotive .....	30
<b>6. Methodischer Steckbrief .....</b>	<b>31</b>
<b>7. Die Hauptergebnisse der Abstimmungen vom 26. November 2000.....</b>	<b>31</b>

Tabelle 1: Ergebnisse der Volksabstimmung nach Kantonen vom 26. November 2000

Kanton	Flexibilisierungs- Initiative Nein %	Renten- alter 62 Nein %	Umverteilungs- Initiative Nein %	Tiefere Spital- kosten Nein %	Bundes- personal- gesetz Ja %	Stimm- beteiligung %
Zürich	65.4	59.6	62.9	83.7	74.0	41.6
Bern	63.8	56.7	67.4	85.4	68.4	42.7
Luzern	69.9	63.4	70.1	80.9	73.2	41.5
Uri	69.1	59.9	80.3	83.4	63.9	36.5
Schwyz	72.8	63.8	74.2	79.4	70.1	42.9
Obwalden	74.7	66.5	77.8	84.4	71.9	37.6
Nidwalden	74.6	67.6	78.1	83.2	77.3	42.7
Glarus	68.3	60.6	72.3	82.6	71.7	37.9
Zug	71.1	64.7	70.2	83.8	78.0	46.5
Freiburg	49.5	41.3	55.4	81.1	60.0	43.2
Solothurn	65.1	58.1	67.6	82.7	70.2	44.0
Basel-Stadt	61.9	56.4	54.8	80.9	70.2	51.7
Basel-Landschaft	63.3	58.1	62.5	84.3	72.7	41.0
Schaffhausen	65.0	55.3	67.5	78.7	69.2	61.5
Appenzell A. RH.	70.1	64.5	71.9	83.7	73.6	45.0
Appenzell I. RH.	78.3	73.4	77.6	84.8	73.9	35.5
St. Gallen	68.4	61.6	70.3	82.6	75.1	38.2
Graubünden	65.7	58.6	67.3	79.1	65.8	33.0
Aargau	67.5	60.1	70.1	81.8	72.8	38.5
Thurgau	68.2	61.0	71.8	78.9	72.9	40.8
Tessin	36.6	32.4	51.0	69.4	47.0	41.1
Waadt	45.8	39.0	49.2	81.9	58.0	36.3
Wallis	57.0	48.4	63.5	81.8	50.3	40.8
Neuenburg	39.6	34.7	45.6	80.6	50.3	38.5
Genf	43.4	37.9	40.0	81.4	54.3	47.2
Jura	36.0	29.4	37.3	78.1	46.8	59.0
Schweiz	60.6	54.0	62.4	82.0	66.9	41.2

Quelle: <http://www.abstimmungen.ch>, Stand: 21.12.2000, und NZZ vom Montag, 27.11.2000, Nr. 277

# 1. Der Meinungsbildungsprozess und die Partizipation

## 1.1 Die Bedeutung der Vorlagen

Am 25. November 2000 kamen fünf Vorlagen zur Abstimmung, denen im Vorfeld des Volkssentscheides durch Medien und Behörden unterschiedliche Bedeutung beigemessen wurde. In der VOX-Nachbefragung wurden die Befragten gebeten, die Bedeutung der vier Initiativen und des Bundespersonalgesetzes sowohl für sich selbst als auch für das Land auf einer Skala von 0 bis 10 einzuordnen.

Tabelle 1.1: Die Wahrnehmung der Bedeutung der Vorlagen vom 26. November 2000

Merkmal/Kategorie	Flexibilisierungs- Initiative	Rentenalter 62	Umverteilungs- Initiative	Spitalkosten- Initiative	Bundespersonal- gesetz
Bedeutung für ...*					
das Land	7.5	7.5	7.4	7.4	6.6
sich selbst	5.5	5.6	5.4	6.3	4.6

\* Die Werte beschreiben das arithmetische Mittel der materiellen Einschätzung aller Stimmberechtigten. Die Befragten konnten die Bedeutung der verschiedenen Vorlagen auf einer Skala von 0 bis 10 einstufen, wobei 0 «überhaupt keine Bedeutung» und 10 «sehr hohe Bedeutung» bezeichnen.  
© IPZ / GfS: VOX-Analyse der eidgenössischen Abstimmungen vom 26. November 2000.

Für alle fünf Vorlagen schätzten die Befragten die Bedeutung für das Land allgemein höher ein als für sich selbst (siehe Tab. 1.1). Dabei wurde die nationale Relevanz der beiden AHV-Initiativen, jene der Umverteilungs-Initiative und die der Initiative für tiefere Spitalkosten gemäss Analyse der Mittelwerte auf etwa gleich hohem Niveau eingestuft. Geringere nationale Bedeutung wurde dem Bundespersonalgesetz zugeschrieben. Bei den Angaben der Befragten zur Bedeutung in Bezug auf die eigene Person zeigt sich vorerst ein ganz ähnliches Bild: Wiederum belegt das Bundespersonalgesetz den letzten Rang in der Bedeutungszuschreibung. Den beiden AHV-Initiativen und der Umverteilungs-Initiative wurde eine etwas höhere persönliche Relevanz zuteil. Einzig der Spitalkosten-Initiative sprachen die Befragten eine relativ hohe persönliche Bedeutung zu, wodurch sich diese deutlich von den anderen Vorlagen abhebt.

Zu den einzelnen Vorlagen lassen sich bezüglich der Wahrnehmung folgende weiterführende Feststellungen machen: Obwohl die *Flexibilisierungs-Initiative* ein besonderes Augenmerk auf die Beibehaltung des Rentenalters 62 für Frauen legte, massen die weiblichen Stimmberechtigten der Vorlage keine grössere, persönliche Bedeutung zu als die Männer.<sup>1</sup> Dafür können aber Unterschiede hinsichtlich der persönlichen Betroffenheit zwischen den Altersgruppen festgestellt werden. Für jede zweite befragte Person der aktiv Erwerbstätigen im Alter zwischen 40 und 64 bzw. 61 Jahren hatte die Flexibilisierungs-Initiative hohe persönliche Bedeutung. Im Gegensatz dazu signalisierten von den unter vierzigjährigen Stimmberechtigten nur jede vierte und von den Befragten im Pensionsalter nur etwa jede dritte Person ähn-

<sup>1</sup> Werte 0-3=geringe Bedeutung, 4-6=mittelmässige Bedeutung und 7-10=hohe Bedeutung. Diese Kategorisierung wurde einheitlich für alle Bedeutungs-Skalen verwendet. Von den befragten Männern und Frauen massen je 36% der Flexibilisierungs-Initiative des SKV hohe persönliche Bedeutung bei.

lich hohe persönliche Betroffenheit. Sehr ähnliche Beobachtungen lassen sich bei der AHV-Initiative der Grünen machen. Die persönliche Bedeutung dieser Vorlage wird von Frauen und Männern ähnlich eingeschätzt.<sup>2</sup> Auch das unterschiedliche persönliche Empfinden zwischen den Generationen tritt deutlich und im selben Verhältnis wie bei der Flexibilisierungs-Initiative zum Vorschein.<sup>3</sup>

Beim *Bundespersonalgesetz* tritt der deutlichste Kontrast in Bezug auf die Bedeutungszumessung zwischen der französischen und der deutschen Schweiz zutage: Die persönliche Betroffenheit hinsichtlich des BPG war im französischsprachigen Landesteil, wo die Initiative vor der Abstimmung starke Resonanz und Unterstützung erfuhr, besonders gross. Mehr als ein Drittel (36%) der französischsprachigen Befragten bezeichneten diese Vorlage als persönlich bedeutsam. Lediglich 24 Prozent dieser Bevölkerungsgruppe hielten die Gesetzesvorlage eher irrelevant. Spiegelbildlich dazu zeichnen sich die Verhältnisse in der Deutschschweiz ab, wo bezüglich des BPG nur 21 Prozent hohe persönliche Betroffenheit bekundeten; hingegen 41 Prozent der Befragten der Vorlage nur geringe oder überhaupt keine persönliche Bedeutung zuschrieben. Eher gespalten wirkt die italienische Schweiz, in welcher noch mehr Personen (48%) als im deutschsprachigen Landesteil dem BPG eher gleichgültig gegenüberstanden. Jedoch empfanden 30 Prozent aus diesem Landesteil die Vorlage als wichtig für die eigene Person.

Zu den Hauptträgern des Referendums gegen das BPG gehörten vor allem Gewerkschaftsverbände. Es ist jedoch bemerkenswert, dass Befragte, welche als aktives oder passives Mitglied einer Gewerkschaft angehören oder welche sich eine solche Mitgliedschaft vorstellen können, dem BPG keine höhere nationale Bedeutung zuschreiben als jene, die sich keine Mitgliedschaft bei einer Gewerkschaft vorstellen können.

Auch bei der *Umverteilungs-Initiative* schlug sich der in den Kantonsresultaten der Abstimmung manifeste Röstigraben in der Bedeutungsbeurteilung nieder: Während sich 50 Prozent der Befragten aus der französischsprachigen Schweiz von der Initiative stark persönlich betroffen fühlten, traf dies in der Deutschschweiz nur noch auf 33 Prozent zu. Die italienischsprachige Schweiz wiederum lag zwar beim Abstimmungsresultat näher bei der Romandie; hinsichtlich der persönlichen Betroffenheit hingegen gesellte sie sich mit 26 Prozent eher zur Deutschschweiz.

Zudem war die Umverteilungs-Initiative hauptsächlich aus der Sicht der männlichen Befragten ein bedeutsames Thema, sowohl in persönlicher Hinsicht (42%) als auch in Bezug auf die Nation (68%). Von den befragten Frauen hielt immerhin jede dritte die Initiative für persönlich relevant und 62 Prozent befanden sie als ziemlich wichtig für das Land.

Eine Mehrheit der Stimmberechtigten konnte sich spontan an die Flexibilisierungs-Initiative (51%) und an die Rentenalter-Initiative (54%) erinnern. Mit 46 Prozent ist auch die Umverteilungs-Initiative noch ziemlich vielen befragten Personen in Erinnerung geblieben. Dagegen konnten nur noch vier von zehn befragten Stimmberechtigten spontan als Abstimmungsthema das Bundespersonalgesetz nennen. Nur noch jede dritte Person (35%) wusste zu Beginn des Interviews, dass am 26. November über die Spalkosten-Initiative abgestimmt wurde. Letzteres steht in einem gewissen Widerspruch dazu, dass die Spalkosten-Initiative von den Befragten als die Vorlage mit der grössten persönlichen Bedeutung eingeschätzt wurde.

<sup>2</sup> 38% der befragten Männer und 39% der Frauen massen der AHV-Initiative der Grünen hohe persönliche Bedeutung bei.  
<sup>3</sup> Hohe Bedeutung hatte die grüne AHV-Initiative für 31% der 18- bis 39-jährigen Befragten, für 55% der 40- bis 61-jährigen Frauen bzw. 40- bis 64-jährigen Männer sowie für 30% der Befragten im Rentenalter.

## 1.2 Die Entscheidungsschwierigkeit

In der VOX-Befragung wird regelmässig erhoben, ob es die Stimmberechtigten eher als leicht oder schwierig empfinden, sich mit den erhaltenen Informationen ein Bild über die persönlichen Auswirkungen eines Stimmentscheids zu machen (siehe Tab. 1.2).

Tabelle 1.2: Subjektive Entscheidungsschwierigkeit bei den Vorlagen vom 26. November 2000 (Spaltenprozent)

Merkmal/Kategorie	Allgemein	Flexibilisierungs-Initiative	Rentenalter 62	Umverteilungs-Initiative	Bundespersonalgesetz	Spalkosten-Initiative
<i>Subjektive Entscheidungsschwierigkeit der Stimmberechtigten</i>						
Eher leicht	41	47	48	52	45	48
Eher schwer	49	35	33	29	34	32
Weiss nicht	10	14	15	15	17	16
Keine Antwort	1	4	4	4	4	4
<i>Subjektive Entscheidungsschwierigkeit der Teilnehmenden<sup>a</sup></i>						
Eher leicht	56	69	69	72	63	68
Eher schwer	36	27	26	25	31	27
Weiss nicht	8	4	5	3	6	4
Keine Antwort	0	0	0	0	0	1

<sup>a</sup> Diese Prozentangaben sind nach der effektiven Teilnahme gewichtet. Vgl. Methodischer Steckbrief.  
 © IPZ / GfS: VOX-Analyse der eidgenössischen Abstimmungen vom 26. November 2000.

Bei der vorliegenden Analyse gaben 49 Prozent der Befragten an, dass ihnen das im allgemeinen eher schwer falle, 41 Prozent erklärten, es sei im allgemeinen eher leicht. In bezug auf die konkreten Vorlagen fällt auf, dass die Entscheidungsschwierigkeit ausgedrückt in Prozentanteilen eher zurückgeht und relative Mehrheiten der Befragten angeben, der Entscheid sei eher leicht gefallen. Insbesondere bei der Umverteilungs-Initiative schienen die Auswirkungen den Befragten am absehbarsten. Gleichzeitig gilt es festzuhalten, dass jeweils rund ein Drittel der Stimmberechtigten Mühe hatte mit der Folgenabschätzung. Zudem ist diese Entscheidungsschwierigkeit bei der Vorlage, welche gemäss kantonalen Abstimmungsergebnissen besonders polarisierte und offensichtlich dezidierte Meinungsverschiedenheiten auftraten (Rentenalter 62), etwa ähnlich hoch wie dort, wo allgemeiner Konsens vorherrschte (Spalkosten).

## 1.3 Die Nutzung der Medien und der Zeitpunkt des Entscheids

Die zunehmend beliebte briefliche Stimmabgabe wurde von 54 Prozent der Stimmenden gewählt. Die wichtigsten zwei Orientierungsmittel vor den Abstimmungen waren nach wie vor Zeitungen (91% der Stimmenden) und die – als *Bundesbüchlein* bekannten –

Erläuterungen des Bundesrates (84%), gefolgt vom Fernsehen (78%) und dem Radio (65%). Neuere Informationsquellen wie das Internet scheinen sich als Informationsmedium vor Abstimmungen noch nicht durchgesetzt zu haben (5%).<sup>4</sup> Durchschnittlich hatten knapp 30 Prozent der Stimmenden schon von Beginn weg eine klare Meinung zu den vorliegenden Abstimmungsthemen, während sich um die 40 Prozent eine bis drei Wochen und etwa 17 Prozent erst ein bis sechs Tage vor dem Abstimmungstermin entschieden.

Tabelle 1.3: Der Zeitpunkt der Entscheidung bei den Vorlagen vom 26. November 2000 (Spaltenprozent)

Merkmal/Kategorie	Flexibilisierungs-Initiative	Rentenalter 62	Umverteilungs-Initiative	Bundespersonalgesetz	Spitalkosten-Initiative
<b>Zeitpunkt des Entscheids</b>					
Einige Tage vorher	17	17	17	18	18
1 bis 3 Wochen vorher	42	42	39	43	40
4 bis 6 Wochen vorher	6	7	8	8	8
Von Beginn weg klar	30	28	31	26	29
w.n. / k. A.	5	6	5	5	5
n = 425 (Teilnehmende)					
Gewichteter Datensatz (Teilnahme).					
© IPZ / GfS: VOX-Analyse der eidgenössischen Abstimmungen vom 26. November 2000.					

## 2. Die Volksinitiativen «für eine Flexibilisierung der AHV – gegen die Erhöhung des Rentenalters für Frauen» (Flexibilisierungs-Initiative) und «für ein flexibles Rentenalter ab 62 für Frau und Mann» (Rentenalter 62)

### 2.1 Die Ausgangslage

Die beiden zur Abstimmung vom 26. November vorgelegten Rentenalter-Initiativen sind als weitere Reaktion auf die 10. AHV-Revision zu sehen. Sowohl die von Arbeitnehmerverbänden eingereichte Flexibilisierungs-Initiative als auch die von den Grünen vorgeschlagene Initiative Rentenalter 62 sahen ein flexibles Ruhestandsalter von 62 Jahren ohne lebenslange finanzielle Einbusse für die Pensionierten vor. Die beiden Initiativkomitees schlugen indessen unterschiedliche Finanzierungsmodelle vor (Flexibilisierungs-Initiative: bessere Vermögensverwaltung und Goldreserven der Nationalbank; Rentenalter 62: ökologische Steuerreform sowie Einsparungen beim Militär). Zudem sah die Initiative der Grünen eine Teilzeitarbeit vor.

<sup>4</sup> Mehrfachnennungen möglich. Etwas mehr als drei Viertel der Stimmenden nutzen 3 bis 6 von 11 möglichen Informationsquellen.

Zwar sind beide Initiativen auch diesmal – besonders in den deutschsprachigen Kantonen – gescheitert. Auf lange Sicht haben die Anliegen der links-grünen politischen Kräfte aber Boden gutgemacht: Noch keine Rentenalter-Initiative ist so nahe an die 50-Prozent-Marke herangekommen wie diejenige der Grünen (46% Ja-Stimmen).

### 2.2 Die Wahrnehmung

Eine Vielzahl von Befragten war in der Lage, den Inhalt der Vorlage konkret und korrekt zu beschreiben (siehe Tab. 2.1). Die Wahrnehmungen konzentrierten sich zu mehr als der Hälfte der Antwortenden auf das sowohl tiefere als auch flexiblere Rentenalter (Flexibilisierungs-Initiative: 54%; Rentenalter 62: 64%). Bereits weit weniger Aufmerksamkeit wurde dem Umstand zuteil, dass das Rentenalter der Frauen und Männer wieder angeglichen würde (Flexibilisierungs-Initiative: 12%; Rentenalter 62: 8%).

Die Unterschiede zwischen den beiden AHV-Initiativen in der Wahrnehmung der Inhalte sind gering. Die Initiative Rentenalter 62 scheint jedoch – evtl. nicht zuletzt aufgrund des Titels – den Bezug zum Rentenalter etwas deutlicher kommuniziert zu haben als die Flexibilisierungs-Initiative (11% bei Flexibilisierungs-Initiative, 28% bei Rentenalter 62), welche den Aspekt der Gleichstellung der Geschlechter stärker hervorhebt. Voten bezüglich der Teilzeitarbeit kommen bei der Initiative der Grünen zwar vor, sind jedoch mengenmässig nicht der Rede wert (3 Antworten). Die Wahrnehmung war demnach insgesamt stark auf das (flexiblere) Rentenalter fixiert.

Tabelle 2.1: Wahrnehmung der Inhalte: AHV-Initiativen

Wahrnehmungen	Flexibilisierungs-Initiative Prozent und Anzahl der Antwortenden <sup>5</sup>		Rentenalter 62 Prozent und Anzahl der Antwortenden <sup>5</sup>	
Bezug auf Rentenalter Frau/Gleichstellung	12	111	8	73
Bezug auf tieferes/flexibleres Rentenalter	54	500	64	584
flexibles Rentenalter	19	173	17	155
Rentenalter 62	11	102	28	258
tiefere Rentenalter	14	126	5	49
Bezug auf Finanzierung	(4)	34	(1)	10
Bezug auf Teilzeitarbeit			(0)	3
In etwa gleich wie Flexibilisierungs-Initiative			(5)	44
Anderes/Allgemeine Äusserungen	10	90	(5)	42
Weiss nicht	27	248	25	229
Total % Antwortende (n=924/906) /				
Total Antworten	106	983	109	985
Weil Mehrfachantworten möglich sind, steigt das Total der Prozente auf über 100 Prozent an. Bei den Unterkategorien sind die am häufigsten genannten Inhalte aufgeführt. In Klammern gesetzte Prozentwerte sind aufgrund der beschränkten Fallzahlen bzw. des Stichprobenfehlers lediglich als Tendenz zu interpretieren. Gewichteter Datensatz (nach Vorlage).				
© IPZ/GfS: VOX-Analyse der eidgenössischen Abstimmung vom 26. November 2000.				

<sup>5</sup> Effektiv Stimmende haben die beiden AHV-Initiativen mit dem Unterschied, dass sie mehr konkrete und weniger allgemeinere Aussagen machten, in gleicher Weise wahrgenommen wie die in der Tabelle ausgewiesenen Befragten. Effektiv Stimmende sind in der Regel besser über die Vorlagen informiert.

## 2.3 Das Abstimmungsprofil

Parteipolitische Faktoren haben beim Stimmenscheid für beide Initiativen eine wichtige Rolle gespielt. Aufgeteilt nach politischen Lagern haben Sympathisanten für rot-grüne Parteien deutlich mehr Ja-Stimmen eingelegt als Nein-Stimmen. Anhänger von bürgerlichen und rechtskonservativen Parteien sowie Stimmende ohne Parteisympathie haben die beiden Vorlagen durchwegs abgelehnt. Noch stärker kommt diese Tendenz zum Ausdruck, wenn wir die Parteisympathien zu den im Bundesrat vertretenen Parteien isoliert betrachten. Lediglich deklarierte SympathisantInnen der SPS stimmten den Vorlagen mehrheitlich zu.

Bei den gesellschaftlichen Erklärungsfaktoren ist ein leichter Alterseffekt für beide Initiativen feststellbar. Nicht dass die 18- bis 39- und 40- bis 64-Jährigen den Initiativen besonders wohlgesonnen waren, aber die 65- bis 84-Jährigen haben mit 74 Prozent bei der Flexibilisierungs-Initiative bzw. 67 Prozent bei der Initiative Rentenalter 62 ein kräftiges Nein eingelegt.

Ein ähnliches Muster ist ersichtlich, wenn wir die Wohnverhältnisse auswerten. In Mehrfamilienhäusern Wohnende haben etwa zur Hälfte für oder gegen die Initiativen gestimmt. Stimmende, die in einem Einfamilienhaus wohnen, haben sich mit 70 bzw. 61 Prozent Nein-Stimmen überdurchschnittlich stark gegen ein tieferes, flexibleres Rentenalter ausgesprochen. Dieser Zusammenhang gilt unabhängig davon, ob die Stimmenden ihre Wohnung bzw. ihr Haus besitzen oder mieten.

Neben der parteipolitischen Orientierung kann – wie bereits an den nach Kantonen aufgeteilten Abstimmungsergebnissen unschwer zu erkennen – die sprachregionale Zugehörigkeit einen grossen Teil der Stimmabgabe erklären. Der Erklärungsbeitrag dieser Variable fiel bei der Initiative der Grünen höher aus als bei der Flexibilisierungs-Initiative.

Die Initiative Rentenalter 62 der Grünen verzeichnete in allen Landesteilen eine höhere Zustimmung als die Flexibilisierungs-Initiative.

Insgesamt haben Stimmende aus der lateinischen Schweiz sowie Stimmende mit einer links-grünen politischen Ausrichtung beide Initiativen klar angenommen, während Deutschschweizer und bürgerliche, rechtskonservative sowie Stimmende ohne Parteifaffinitäten sie ablehnten. Die beiden Hauptfaktoren zur Erklärung des Abstimmungsergebnisses sind zu gleichen Teilen die Sprachzugehörigkeit und die parteipolitische Orientierung auf der Links-Rechts-Achse. Der Einfluss des Alters ist als gering einzuschätzen.

Für eine Interpretation des unterschiedlichen Stimmverhaltens bei den zwei Initiativen können zudem vor allem die Nähe zu Gewerkschaften bzw. Angestelltenverbänden sowie der Erwerbsgrad der Befragten genauer betrachtet werden, da diese Variablen indirekte Hinweise darauf geben, ob der Absender der Initiativen eine Rolle gespielt hat und ob der Vorschlag der Grünen betreffend Teilrente speziell Ja-Stimmen mobilisieren konnte: Stimmende, die aktiv oder passiv Mitglied bei einer Frauenorganisation oder Gewerkschaft sind bzw. sich eine Mitgliedschaft vorstellen könnten, haben bei beiden Vorlagen eher ein Ja in die Urne gelegt als Stimmende, die sich eine Mitgliedschaft nicht vorstellen können. Diese beiden Variablen erklären den Stimmenscheid in etwa gleich gut. Die Stimmenden haben sich so verhalten, wie es zu erwarten gewesen ist. Die Initianten der Initiative Rentenalter 62 haben das Potential an Stimmenden, die bei einer Frauenorganisation oder Gewerkschaft Mitglied sind (oder es sich vorstellen können) ein wenig besser ausgeschöpft als die Proponenten der Flexibilisierungs-Initiative.

Tabelle 2.2: Stimmverhalten nach politischen und gesellschaftlichen Merkmalen: AHV-Initiativen

Merkmal/Kategorie	Flexibilisierungs-Initiative		Rentenalter 62		Cramer's V
	% Nein-Stimmen	Zeilen-totale	% Nein-Stimmen	Zeilen-totale	
Total VOX (gewichtet)	61	498	54	498	
<i>Mitgliedschaft Frauenorganisationen</i>					0.15**
aktiv/passiv/vorstellbar	(44)	73	34	76	
nicht vorstellbar	64	419	58	416	
<i>Mitgliedschaft Gewerkschaften</i>					0.17**
aktiv/passiv/vorstellbar	(46)	108	38	108	
nicht vorstellbar	66	376	59	376	
<i>Mitgliedschaft Angestelltenverbände</i>					(0.09)
aktiv/passiv/vorstellbar	(54)	147	(48)	147	
nicht vorstellbar	64	339	56	339	
<i>Politische Lager nach Parteien</i>					0.29**
Rot-grüne	35	86	30	87	
Bürgerliche Mitte	74	107	65	103	
Rechtskonservative	64	63	70	60	
keine Partei	67	158	(53)	165	
<i>Parteisympathie</i>					0.34**
SPS	36	76	32	78	
CVP	71	28	(56)	27	
FDP	75	68	68	66	
SVP	64	55	71	52	
<i>Alter</i>					0.16**
18–39 Jahre	59	136	(51)	136	
40–64 Jahre	(55)	227	(48)	225	
65–84 Jahre	74	134	67	137	
<i>Wohnverhältnisse</i>					0.16**
Einfamilienhaus	70	215	61	211	
Mehrfamilienhaus	(54)	283	(48)	287	
<i>Erwerbsgrad</i>					(0.06)
Vollzeit	60	211	(56)	207	
Teilzeit	(53)	73	(41)	75	
<i>Sprachregion</i>					0.24**
Deutschschweiz	68	376	62	368	
Französische Schweiz	44	99	33	108	
Italienische Schweiz	28	25	17	23	

In Klammern gesetzte Prozentwerte sind aufgrund der beschränkten Fallzahlen bzw. des Stichprobenfehlers lediglich als Tendenz zu interpretieren. Gewichteter Datensatz (nach Vorlage); vgl. auch: Methodischer Steckbrief.

\* signifikant (p<0.05); \*\* hoch signifikant (p<0.01).

© IPZ/GfS: VOX-Analyse der eidgenössischen Abstimmung vom 26. November 2000.

Die Mitgliedschaft oder zumindest Sympathie für Angestelltenverbände hat hingegen keinen signifikanten Einfluss auf das Stimmverhalten ausgeübt. Ein statistisch gesicherter Unterschied zwischen den beiden Vorlagen ist auch nicht auszumachen. Die Initiativen der Flexibilisierungs-Initiative (Schweizerischer Kaufmännischer Verband und Vereinigung schweizerischer Angestelltenverbände) haben ihre Klientel zuwenig für ihr eigenes Anliegen motivieren können.

Während für die Flexibilisierungs-Initiative der Erwerbsgrad keine Rolle zur Erklärung der Stimmabgabe liefert, ist für die Initiative Rentenalter 62 der Grünen immerhin ein leichter, statistisch signifikanter Effekt feststellbar. Dies ist insofern bemerkenswert, als die Initiative der Grünen im Unterschied zur Flexibilisierungs-Initiative eine Teilzeit-Rente vorsah. Nur 41 Prozent der Stimmenden, die Teilzeit arbeiten, haben die Vorlage abgelehnt. Auch wenn der Unterschied zur Flexibilisierungs-Initiative mit Vorsicht interpretiert werden muss, scheint die Initiative der Grünen Teilzeit-Arbeitende etwas stärker überzeugt zu haben.

## 2.4 Entscheidungsmotive

Wie bei früheren Abstimmungen über AHV-Initiativen war die Kostenfrage und die als unsicher erachtete Finanzierungsgrundlage der wichtigste Grund, die zwei Vorlagen abzulehnen (siehe Tab. 2.3). 56 bzw. 54 Prozent nannten als spontanen Beweggrund, Nein zu stimmen, die zu hohen Kosten der beiden Vorhaben. Bereits deutlich weniger wichtig, jedoch inhaltlich mit der Finanzierungsfrage verknüpft, war die Sorge um die zukünftige demographische Entwicklung.

Etwa ein Drittel der Antwortenden bezog sich sowohl bei der Flexibilisierungs-Initiative als auch bei der Initiative Rentenalter 62 nach den Nein-Motiven befragt auf allgemeine, andere und zum Teil diffuse Gründe. Vergleicht man diesen Anteil mit demjenigen bei den Ja-Motiven (21% bzw. 17%), fällt vor allem auf, dass er einige Prozentpunkte höher liegt. Dies deutet darauf hin, dass bei Abstimmungen über Initiativen die Ja-Stimmenden und damit Personen, welche hinter einer Veränderung oder Innovation stehen, ihre Motive eher begründen können bzw. müssen. Für die Nein-Stimmenden, welche für den Status Quo eintreten, genügt ein zuweilen undifferenziertes oder auch leicht mürrisches Nein.

Bei den spontan genannten Ja-Motiven fällt vor allem auf, dass sich – im Gegensatz zu den Nein-Motiven – die Struktur der Beweggründe je nach Initiative unterscheidet:

- Bei der Flexibilisierungs-Initiative findet sich – mit 59 Prozent am häufigsten als Ja-Motiv genannt – die Aussage, dass die Vorlage generell gut und wichtig sei (Rentenalter 62: 23%). Als zweitwichtigstes Ja-Motiv figuriert mit 37 Prozent die Sorge um soziale und gesundheitliche Probleme, die für gewisse Berufe in den letzten Arbeitsjahren entstehen können. Besonders SchwerarbeiterInnen sei eine vorzeitige Pensionierung ohne finanzielle Einbusse gegönnt.
- Bei der Vorlage Rentenalter 62 sind diese beiden Punkte zwar auch wichtig, die Ja-Motive sind jedoch mit 43 Prozent stärker auf das tiefere Rentenalter akzentuiert, welches hier als Beweggrund auf dem ersten Rang liegt. Damit bestätigt sich der Eindruck, der im Abschnitt über die Wahrnehmung der Inhalte gewonnen wurde (vgl. Tab. 2.1), wonach die Senkung des Rentenalters vor allem bei der Initiative der Grünen wahrgenommen wurde und motivierend war.

Tabelle 2.3: Entscheidungsmotive der Stimmenden: AHV-Initiativen

Motive	Flexibilisierungs-Initiative Prozent und Anzahl der Antwortenden		Rentenalter 62 Prozent und Anzahl der Antwortenden	
<b>Nein-Motive</b>				
Kostet zuviel/Finanzierung unsicher	56	163	54	134
Demographie/Sicherung der AHV	(11)	33	18	44
Geht zu weit/unmöglich	(13)	38	(9)	23
Empfehlungen Partei/Bundesrat	(9)	26	(8)	20
Gleiche Gründe wie Flexibilisierungs-Initiative			(6)	15
Allgemeines/Anderes	33	97	34	84
Falsche und unverständliche Motive, weiss nicht	(13)	39	(14)	34
Total % Antwortende (n=291/248)/Total Antworten	136	396	143	354
<b>Ja-Motive</b>				
Generell gut/wichtig	59	110	23	52
Soziale/gesundheitliche Bezüge	37	69	32	72
Tieferes Rentenalter	(18)	34	43	95
Wegen Frauen	(15)	28	(10)	22
Gleiche Gründe wie Flexibilisierungs-Initiative			(13)	28
Allgemeines/Anderes	16	31	(15)	33
Falsche und unverständliche Motive, weiss nicht	(8)	15	(10)	22
Total % Antwortende (n=188/223)/Total Antworten	153	287	145	324
Weil Mehrfachantworten möglich sind, steigt das Total der Prozente auf über 100 Prozent an. In Klammern aufgeführte Prozentwerte sind aufgrund der beschränkten Fallzahlen bzw. des Stichprobenfehlers lediglich als Tendenz zu interpretieren, Gewichteter Datensatz; vgl. Methodischer Steckbrief.				
© IPZ/GfS: VOX-Analyse der eidgenössischen Abstimmung vom 26. November 2000.				

## 2.5 Pro- und Kontra-Argumente

Die Auswertungen der Kontra-Argumente untermauern den bisherigen Eindruck der Analyse, wonach finanzielle Argumente bei beiden AHV-Initiativen wichtige Erklärungsfaktoren zur Erklärung der Stimmabgabe darstellten. Darüber hinaus lassen sich aber aus dem Argumententest, welcher Zusammenhangsmaße und Verhaltenskonsistenz gleichzeitig überprüft, auch weitere Schlüsse ziehen (siehe Tab. 2.4):

- Argument 2, wonach die Kosten der vorgeschlagenen Lösungen die Zukunft der AHV gefährden, spaltet die Schweizer Stimmenden in zwei Lager. Nahezu gleich grosse Teile erklären sich einverstanden bzw. nicht einverstanden und die meisten von ihnen verhalten sich auch entsprechend an der Urne (Verhaltenskonsistenz von 77%).
- Das Argument, dass sich Frührentenempfänger zum Teil selber finanzieren sollten, leuchtet den befragten Stimmenden allgemein ein. 59 Prozent der Stimmenden können sich mit dem Argument 3 einverstanden erklären, ob sie jetzt für oder gegen die Initiative abgestimmt haben, ist weniger stark von Belang. Wichtig scheint bei diesem Argument vor allem zu sein, dass es – auch für die Sozialversicherung – den liberalen Grundwert der Selbstverantwortung anspricht.

Tabelle 2.4: Pro- und Kontra-Argumente für die beiden AHV-Initiativen (Flexi und 62)

Argumente, Statements	Einver- standen	Nicht einver- standen	Unent- schieden	Cramer's V (Signifikanz)		Verhaltens- konsistenz*	
				Flexi	62	Flexi	62
	n = Stimmende			n = Stimmende			
				Flexi	62	Flexi	62
<b>Kontra-Argumente*</b>							
1) Die Probleme von der AHV können mit der bevorstehenden 11. AHV-Revision gelöst werden.	36	25	39	(0.09)	(0.07)	54	54
2) Die Kosten, wo die AHV-Initiativen verursachen, stellen die Zukunft der AHV in Frage.	47	44	09	0.52**	0.52**	77	77
3) Wer sich früher pensionieren lassen will, muss das mindestens zum Teil selber finanzieren.	59	30	11	0.44**	0.43**	73	72
<b>Pro-Argumente</b>							
4) Die ungerechte Erhöhung vom Rentenalter von den Frauen muss verhindert werden.	57	38	05	0.37**	0.36**	68	68
5) Die Kürzung von den Renten bei einer vorzeitigen Pensionierung muss abgeschafft werden, weil sich das nur die Reichen leisten können.	53	39	09	0.36**	0.42**	67	71
6) Die Berufs- und Arbeitswelt von heute belastet die Erwerbstätigen ganz unterschiedlich, deshalb muss das Ruhestandsalter für alle flexibel werden.	69	26	05	0.45**	0.50**	68	71

\* Die Formulierung erfolgte so, dass die Argumente im Dialekt direkt vorgelesen werden konnten.  
 \* Verhaltenskonsistenz liegt dann vor, wenn möglichst viele, die sich mit einem Pro-Argument (Kontra-Argument) einverstanden erklären, auch tatsächlich ja (nein) stimmen.  
 \* Gewichteter Datensatz (nach Entscheid Rentenalter 62); vgl. Methodischer Steckbrief.  
 © IPZ/GfS: VOX-Analyse der eidgenössischen Abstimmung vom 26. November 2000.

Gleichzeitig zeigt die Analyse zu Kontra-Argument 1 aber auch, dass der im Abstimmungskampf häufig gemachte Verweis auf die 11. AHV-Revision als einfaches Argument kaum überzeugend war. Zum einen deutet der hohe Anteil an Unentschiedenen (39%) darauf hin, dass die inhaltliche Auseinandersetzung mit diesem Gegenstand (noch) kaum stattgefunden hat. Zum anderen kann kein signifikanter Zusammenhang mit der Stimmabgabe nachgewiesen werden.

Während sich bei den Kontra-Argumenten keine markanten Unterschiede zwischen den beiden Vorlagen zeigen, fallen diese bei den Pro-Argumenten auf und bieten damit erste Interpretationshilfen zum überraschend besseren Abschneiden der Initiative der Grünen

an: Die Argumente 5 und 6 hängen stärker mit der Initiative «Rentenalter 62» zusammen als mit der «Flexibilisierungs-Initiative». Auch anhand der Verhaltenskonsistenz ist ersichtlich, dass die besagten Argumente bei der Initiative der Grünen besser ankamen und stärker in zwei Lager aufteilten. Befragte, die sich an der Kürzung der Renten bei einer vorzeitigen Pensionierung (Argument 5) störten und der Meinung waren, dass die unterschiedliche Belastung im Beruf auch ein flexibles Rentenalter rechtfertigt (Argument 6), stimmten eher der Initiative Rentenalter 62 zu als der Flexibilisierungs-Initiative. Offensichtlich konnte die Vorlage der Grünen dieses Stimmenpotential etwas stärker ansprechen und besser mobilisieren. Weshalb dem so war, lässt sich jedoch nicht schlüssig begründen.

Insgesamt fällt bei allen getesteten Pro-Argumenten auf, dass sie mehrheitliche und meistens auch deutliche Unterstützung finden. So soll beispielsweise die mit der 10. AHV-Revision eingeführte Erhöhung des Rentenalters gemäss 53 Prozent der Stimmenden wieder rückgängig gemacht werden. Und insbesondere die Flexibilisierung des Ruhestandsalters findet in ihrem Grundsatz breite Unterstützung (69%). Somit wird – trotz Niederlagen – wieder einmal die Katalysatorfunktion von Initiativen unterstrichen. Nicht zuletzt die beiden Initiativen haben den argumentativen Grundstock für die 11. AHV gelegt. Und – das zeigt die vorliegende Analyse ebenfalls – nicht mehr das Postulat der Flexibilisierung als solches ist besonders umstritten, sondern vor allem die Finanzierung dieses Modells.

### 3. Die Volksinitiative «Sparen beim Militär und der Gesamtverteidigung – für mehr Frieden und zukunftsgerichtete Arbeitsplätze» (Umverteilungs-Initiative)

#### 3.1 Die Ausgangslage

Die im März 1997 eingereichte Volksinitiative «Sparen beim Militär und der Gesamtverteidigung – für mehr Frieden und zukunftsgerichtete Arbeitsplätze (Umverteilungs-Initiative)» führte die Tradition einer Reihe von Volksinitiativen weiter, die weniger Militärausgaben und mehr Friedenspolitik forderten. Wie dem Titel der Initiative zu entnehmen ist, verlangte das Initiativkomitee erstens die Kürzung der Ausgaben für die Landesverteidigung (innerhalb von 10 Jahren), welche Sparmassnahmen oder eine Umverteilung der freigesetzten finanziellen Mittel in die Friedensförderung und zuhänden der sozialen Sicherheit ermöglicht hätte. Zweitens verlangte der Initiativtext die Öffnung eines Konversionsfonds von einer Milliarde Franken, um die Umstrukturierung der von der Abrüstung betroffenen Arbeitsplätze zu fördern. Unterstützt wurde die Initiative durch die politischen Parteien CSP, EVP, Grüne, PdA und SPS. Die Gegnerschaft warf den Initiantinnen und Initianten vor, die sicherheitspolitische Lage zu verkennen und fürchtete bei einer Umsetzung des Verfassungstextes um die



Fähigkeit der Armee, das Land verteidigen zu können. Zudem führte die Gegnerschaft wirtschaftliche Argumente ins Feld. So wurde die Gefährdung von 6000 Arbeitsplätzen in Industrie, Gewerbe und Verwaltung als Argument aufgeführt. Kritisiert wurde aber auch, dass der künstliche Aufbau und die Subventionierung von neuen Stellen keine Nachhaltigkeit verspreche. Die Bundesratsparteien CVP, FDP und SVP sowie die EDU, FPS, KVP, LPS und die Lega sprachen sich klar gegen die Umverteilungs-Initiative aus.

### 3.2 Die Wahrnehmung

Die Umverteilungs-Initiative wurde von den Befragten im wesentlichen entlang jener Aspekte wahrgenommen, wie sie vom Initiativkomitee kommuniziert wurden. 48 Prozent der Befragten stellten bei ihrer Antwort auf die offene Frage nach dem Inhalt der Vorlage einen Bezug auf die Reduktion der Militärausgaben her (siehe Tab. 3.1). Ein Viertel nahm Bezug auf die Friedenssicherung und die Verwendung der freiwerdenden Gelder für soziale Sicherheit. 28 Prozent der Befragten gaben «weiss nicht» oder anderes an. Kaum Bezug wurde auf die Militärfrage allgemein oder sicherheitspolitische Aspekte genommen (7%).

Tabelle 3.1: Wahrnehmung der Inhalte: Umverteilungs-Initiative

Wahrnehmungen	Prozent der Antwortenden	Zahl der Antworten
Bezug auf Reduktion Militärausgaben	48	441
Bezug Friedenssicherung/freierwerdende Gelder	25	225
Bezug auf Militär/Sicherheitspolitik	7	64
Bezug auf festes Budget/feste Kosten	(4)	35
Anderes	(3)	32
Weiss nicht	25	228
Total % Antwortende (n=918) / Total Antworten	112	1025

Weil Mehrfachantworten möglich sind, steigt das Total der Prozente auf über 100 Prozent an. Bei den Unterkategorien sind die am häufigsten genannten Inhalte aufgeführt. In Klammern gesetzte Prozentwerte sind aufgrund der beschränkten Fallzahlen bzw. des Stichprobenfehlers lediglich als Tendenz zu interpretieren. Gewichteter Datensatz (nach Vorlage).  
© IPZ/GfS: VOX-Analyse der eidgenössischen Abstimmung vom 26. November 2000.

### 3.3 Das Abstimmungsprofil

Von den 1024 Befragten der Stichprobe stimmten 52 Prozent gegen die Umverteilungs-Initiative, 30 Prozent legten ein Ja in die Urne. Der Rest gab einen leeren Stimmzettel ab oder konnte keine Angaben machen. Berücksichtigt man nur die materiellen Stimmen (n=467), so ergibt sich ein Stimmenverhältnis, das nahe beim effektiven Resultat liegt: 62 Prozent Nein-Stimmen stehen 38 Prozent Ja-Stimmen gegenüber (siehe Tab. 3.2).

Bei der Analyse des Abstimmungsprofils ergibt sich im wesentlichen das für Abstimmungen über Militärfragen typische Bild:<sup>6</sup>

<sup>6</sup> Ladner, Andreas (1993): Die Volksabstimmung vom 6. Juni 1993 über die Volksinitiativen «für eine Schweiz ohne neue Kampfflugzeuge» und «40 Waffenplätze sind genug», BFS aktuell, Bern.

- Daher mag es nicht erstaunen, dass unter den Befragten, welche eine Affinität zu einer bürgerlichen Bundesratspartei (CVP, FDP, SVP) bekunden, die Ablehnung gegenüber der Umverteilungs-Initiative mit über 83 Prozent sehr deutlich ist, während sich unter der SPS-Anhängerschaft nur 25 Prozent gegen die Initiative aussprechen (Tab. 3.2).
- Dabei deutet auch die vorliegende Analyse an, dass hinter dieser parteipolitischen Orientierung insbesondere die Einstellung gegenüber der Armee wirksam ist. Diese steht ähnlich wie bei der Abstimmung über ein Verbot der Kriegsmaterialausfuhr vom Juni 1997 in starkem Zusammenhang mit dem Stimmverhalten: So stimmten 92 Prozent der Befragten, die sich für eine starke Armee aussprechen, gegen die Initiative, während diejenigen, die eher für eine Schweiz ohne Armee sind, tendenziell für die Initiative stimmten. Insgesamt zeigt sich aber, dass an der Wende zum neuen Jahrtausend die Idee der Armeeabschaffung unter den Stimmenden keinen grossen Anhang findet. Auf die Frage «Möchten sie eine Schweiz mit einer starken Armee oder eine Schweiz ohne Armee?» äusserten sich 30 Prozent für eine starke Armee<sup>8</sup>; lediglich zehn Prozent sprachen sich für eine Schweiz ohne Armee aus.

Tabelle 3.2: Das Stimmverhalten nach politischen und gesellschaftlichen Merkmalen: Umverteilungs-Initiative

Merkmal / Kategorie	% Nein-Stimmen	Zeilentotale	Cramer's V
Total VOX (gewichtet)	62	468	
<i>Parteisympathie</i>			0.60**
SPS	25	80	
CVP	(91)	22	
FDP	85	66	
SVP	83	53	
<i>Politische Lager nach Parteien</i>			0.58**
Rot-grüne	24	91	
Bürgerliche Mitte	84	100	
Rechtskonservative	81	59	
keine Partei	68	146	
<i>Für eine Schweiz mit einer starken Armee/ohne Armee<sup>a</sup></i>			0.61**
– Armeepositiv eingestellt (Werte 1–3)	78	347	
– Armeekritisch eingestellt (Werte 4–6)	20	116	
<i>Sprachregion</i>			0.20**
Deutschschweiz	68	342	
Französische Schweiz	44	104	
Italienische Schweiz	(64)	22	

In Klammern gesetzte Prozentwerte sind aufgrund der beschränkten Fallzahlen bzw. des Stichprobenfehlers lediglich als Tendenz zu interpretieren. Gewichteter Datensatz (nach Vorlage); vgl. auch: Methodischer Steckbrief.  
\* signifikant (p<0.05); \*\* hoch signifikant (p<0.01).  
<sup>a</sup> Die Werthaltungsfrage lautete: «Möchten Sie eine Schweiz mit einer starken Armee oder eine Schweiz ohne Armee?» Antworten sind möglich auf einer Skala von 1 (starke Armee) bis 6 (ohne Armee).  
© IPZ/GfS: VOX-Analyse der eidgenössischen Abstimmung vom 26. November 2000.

<sup>7</sup> Delgrande, Marina / Linder Wolf (1997): Analyse der eidgenössischen Volksabstimmung vom 9. Juni 1997, VOX Nr. 61, IPW / GfS, Bern.

<sup>8</sup> Wenn die Befragten mit dem ersten Teil der Frage übereinstimmten (starke Armee), mussten sie die Zahl 1 oder eine Zahl nahe 1 wählen. Bei Übereinstimmung mit dem zweiten Teil (ohne Armee) wählten sie die Zahl 6 oder eine Zahl nahe bei 6.

- In der Westschweiz wurde die Umverteilungs-Initiative am schwächsten abgelehnt (44% Nein-Stimmen), in der deutschen Schweiz jedoch liegt die Ablehnung der materiell Stimmenden bei 68 Prozent.<sup>9</sup> Auch dieser Gegensatz zwischen den Sprachregionen ist bei Militärvorlagen bekannt und hat sich im Verlaufe der 90er Jahre eher wieder verstärkt.<sup>10</sup>
- Unter den soziodemographischen Merkmalen kann zudem ein Zusammenhang zwischen Alter und Stimmverhalten festgestellt werden: Unter den 18- bis 39-Jährigen stimmen zwar immer noch Mehrheiten mit einem Nein (55%), aber der Nein-Stimmenanteil ist hier am kleinsten. Unter den 40- bis 64-Jährigen steigt der Anteil der Nein-Stimmen auf 57 Prozent und erreicht unter den 65- bis 84-Jährigen 79 Prozent. Unter den 65- bis 84-Jährigen ist auch die Gruppe am stärksten vertreten, die sich bei der Wertefrage für eine starke Armee ausspricht (42%), während er bei den Altersgruppen 40–65 Jahre resp. 18–39 Jahre sinkt (30% bzw. 22%).

Tabelle 3.3: Entscheidungsmotive der Stimmenden: Umverteilungs-Initiative

Motive	Prozent der Antwortenden	Zahl der Antworten
<b>Nein-Motive</b>		
Bezug zu Armee	96	268
Es braucht eine Armee	41	115
Armee hat genug gespart	16	45
Glaubwürdigkeit erhalten	15	41
Bezug zu Schwächen der Initiative	(8)	21
Bezug auf Arbeitsplätze	(7)	19
Allgemeines/Anderes	35	97
Falsche und unverständliche Motive, weiss nicht	(7)	19
Total % Antwortende (n=280) / Total Antworten	151	421
<b>Ja-Motive</b>		
Armeekritik, Einsparung beim Militär	74	125
Kosten zu hoch, Armee zu gross	(19)	33
Bei Armee sparen	(18)	31
Bezug auf Umverteilung	28	48
Soziale Wohlfahrt erhöhen	(12)	20
Geld für Friedenssicherung	(10)	17
Bezug auf Sicherheitslage	(19)	32
Allgemeines/Anderes	35	60
Falsche und unverständliche Motive, weiss nicht	(5)	9
Total % Antwortende (n=170)/Total Antworten	161	274
<small>Weil Mehrfachantworten möglich sind, steigt das Total der Prozente auf über 100 Prozent an. In Klammern aufgeführte Prozentwerte sind aufgrund der beschränkten Fallzahlen bzw. des Stichprobenfehlers lediglich als Tendenz zu interpretieren. Bei den Unterkategorien sind die am häufigsten genannten Motive aufgeführt. Gewichteter Datensatz; vgl. Methodischer Steckbrief. © IPZ/GfS: VOX-Analyse der eidgenössischen Abstimmung vom 26. November 2000.</small>		

<sup>9</sup> Dieser Wert muss als Tendenz verstanden werden, da nicht genügend Fälle vorliegen.  
<sup>10</sup> Vgl. Ladner 1997.

### 3.4 Entscheidungsmotive

Die Bedeutung der Wert- und Einstellungsfrage zur Armee schlägt sich auch in den spontan genannten Entscheidungsmotiven nieder. 96 Prozent der Gegnerinnen und Gegner der Umverteilungs-Initiative begründeten ihren Entscheid mit Argumenten in Bezug auf Armeemaspekte (siehe Tab. 3.3).

Dabei wurde vor allem die Meinung geäussert, dass es eine Armee brauche (41%). Aber auch das prominente Argument der Gegnerschaft, dass die Kosten der Landesverteidigung bereits massiv reduziert wurden, wurde genannt und einige Befragte erinnerten auch daran, dass es darum ginge, mit einem Nein zur Initiative die Glaubwürdigkeit der Armee zu erhalten.

An erster Stelle der Begründungen für die Annahme der Initiative stehen die Armeekritik bzw. die Einsparungen beim Militär. 74 Prozent der BefürworterInnen stellten in ihrer Antwort einen Bezug zu diesem Aspekt her. In dieser Gruppe von Motiven wird vor allem argumentiert, die Kosten für die Armee seien zu hoch und es liege eine Geldverschwendung für eine zu grosse Armee vor. Zuweilen werden auch explizit Sparmotive genannt. An zweiter Stelle, somit deutlich weniger prominent, stehen Begründungen, welche in Bezug auf die Umverteilung für die soziale Wohlfahrt oder die Friedenssicherung stehen. Sicherheitspolitische Beweggründe werden spontan kaum genannt.

### 3.5 Pro- und Kontra-Argumente

Das Kontra-Argument 3, welches besagt, dass bei Annahme der Umverteilungs-Initiative der Verteidigungsauftrag durch die Armee nicht mehr wahrgenommen werden könnte, fand unter den materiell Stimmenden mit 55 Prozent die höchste Zustimmung aller Argumente (siehe Tab. 3.4). Die hohe Verhaltenskonsistenz von 79 Prozent weist darauf hin, dass dieses Argument zu überzeugen vermochte. Mit den Argumenten 1 (der Bundesrat hat seinen Sparauftrag für die Armee erfüllt) und 2 (Ersatzplan verhindert Arbeitsplatzverluste nicht) zeigten sich noch 47 resp. 46 Prozent einverstanden.

Bei den Pro-Argumenten fand Argument 4, welches von der Schweiz mehr Engagement im Bereich der Friedensförderung fordert, mit 50 Prozent noch am meisten Zustimmung. Lediglich 43 Prozent erklärten sich mit Argument 5 («die Umverteilungs-Initiative setzt Gelder für die soziale Sicherheit frei») einverstanden. Mit dem Pro-Argument, wonach die Initiative die nötige Anpassung an die neue Situation nach dem Kalten Krieg gebracht hätte (Argument 6), waren 32 Prozent einverstanden. Insgesamt konnten die Pro-Argumente zwar keine Mehrheit überzeugen, die ersten zwei schienen aber für die Ja-Stimmenden durchaus verhaltensrelevant (vgl. Verhaltenskonsistenz).

Besonders augenfällig ist beim Antwortverhalten zu den genannten Pro- und Kontra-Argumenten wiederum der Gegensatz zwischen der Deutsch- und Westschweiz: Während sich die Befragten aus der Deutschschweiz mehrheitlich mit den Kontra-Argumenten einverstanden erklärten, sprachen sich die Antwortenden aus der Romandie explizit gegen die Kontra-Argumente aus. Dabei erklären sich die WestschweizerInnen mit 70 Prozent vor allem mit Pro-Argument 4 (die Schweiz solle mehr zur Friedensförderung beitragen) einverstanden, während nur gerade 40 Prozent der DeutschschweizerInnen dieses Argument unterstützten.

Tabelle 3.4: Pro- und Kontra-Argumente: Umverteilungs-Initiative

Argumente, Statements	Einver- standen	Nicht einver- standen	Unent- schieden	Cramer's V (Signifikanz)	Verhaltens- konsistenz <sup>a</sup>
	n = Stimmende		n = Stimmende		
<b>Kontra-Argumente*</b>					
1) Die Initiative rennt bezüglich Sparbemühungen offene Türen ein: Der Bundesrat hat seinen Sparauftrag in den letzten 10 Jahren erfüllt.	47	33	20	0.45**	66
2) Der Milliardenfonds zur Schaffung von Ersatzplätzen kann nicht verhindern, dass die Umverteilungs-Initiative Tausende von Arbeitsplätzen vernichtet.	46	31	23	0.49**	67
3) Bei der Annahme von der Initiative könnte die Schweizer Armee ihren Auftrag von der Landesverteidigung nicht mehr erfüllen.	55	34	11	0.58**	79
<b>Pro-Argumente</b>					
4) Die Schweiz sollte einen grösseren Beitrag an die Friedensförderung leisten.	50	42	09	0.41**	78
5) Die Umverteilungs-Initiative setzt Gelder für die soziale Sicherheit frei; das ist zum Beispiel beim heutigen Spardruck auf die AHV mehr nötig.	43	42	14	0.52**	76
6) Die Umverteilungs-Initiative bringt die nötigen Anpassungen an die Risiken und Probleme, wo seit dem Ende des kalten Krieges wichtig sind.	32	41	27	0.49**	59

\* Die Formulierung erfolgte so, dass die Argumente im Dialekt direkt vorgelesen werden konnten.  
<sup>a</sup> Verhaltenskonsistenz liegt dann vor, wenn möglichst viele, die sich mit einem Pro-Argument (Kontra-Argument) einverstanden erklären, auch tatsächlich ja (nein) stimmen.  
 Gewichteter Datensatz; vgl. Methodischer Steckbrief.  
 © IPZ/GIS: VOX-Analyse der eidgenössischen Abstimmung vom 26. November 2000.

## 4. Das Referendum über das Bundespersonalgesetz (BPG)

### 4.1 Die Ausgangslage

Am 24. März 2000 wurden die Arbeitsbedingungen der Bundesbeamten von den eidgenössischen Räten neu festgelegt und das neue Bundespersonalgesetz (BPG) verabschiedet. Die Arbeitsbedingungen der Staatsangestellten beim Bund, der SBB und der Post sollten mit dem BPG den in der Privatwirtschaft herrschenden Bedingungen angeglichen und damit die Regelungen des alten BPG von 1927 abgelöst werden. Die wichtigsten im BPG enthaltenen Neuerungen tangierten vor allem drei Bereiche:

- die Abschaffung des Beamtenstatus auf Bundesebene, wobei an die Stelle der hoheitlich verfügbaren Wahl eine kündbare, vertragliche Anstellung im öffentlichen Recht tritt;
- die leistungsdifferenzierte Lohnentwicklung mit dem damit einhergehenden Beurteilungssystem;
- die Möglichkeit zum Abschluss von öffentlich-rechtlichen Gesamtarbeitsverträgen.

Der Föderativverband des Personals öffentlicher Verwaltungen und Betriebe ergriff das Referendum. Neben der SPS und den Grünen<sup>11</sup> unterstützten unter anderem die Gewerkschaft SMUV, der Schweizerische Eisenbahn- und Verkehrspersonal-Verband SEV, der SGB und der VPOD das Referendum.<sup>12</sup> Die Personalverbände standen jedoch nicht geschlossen hinter dem Referendumskomitee. So sprachen sich beispielsweise die Gewerkschaft «Transfair», der Christlich-nationale Gewerkschaftsbund der Schweiz sowie der Personalverband der Bundesverwaltung für das neue Gesetz aus. Insgesamt wurde die Kritik in der französischen Schweiz heftiger formuliert als in der deutschen Schweiz. Der Bundesrat empfahl die Annahme des BPG. National- und Ständerat verabschiedeten das Bundespersonalgesetz mit deutlichen Mehrheiten. Am 26. November wurde das Gesetz als einzige Vorlage angenommen.

### 4.2 Die Wahrnehmung

Während der Diskussion im Vorfeld der Abstimmung thematisierte und kritisierte das Referendumskomitee vor allem den – seiner Ansicht nach ungenügenden – Kündigungsschutz, die leistungsorientierte Besoldung sowie die möglichen Verschlechterungen der Arbeitsbedingungen und die Kürzungen in den unteren Lohnstufen. Diese spezifischen Argumente und konkreten Kritikpunkte scheinen in der Öffentlichkeit jedoch wenig prägende Kraft entfaltet zu haben. So wurden die genannten Aspekte von den Befragten bei der offenen Frage zum Inhalt der Vorlage kaum spontan mit dem BPG in Verbindung gebracht. Nur drei Prozent der Antwortenden nannten den Leistungslohn als Element des BPG (siehe Tab. 4.1). Der Kündigungsschutz, Lohnkürzungen, höhere Kaderlöhne und die Änderung der Arbeitsbedingungen wurden kaum erwähnt.

<sup>11</sup> Die Grünen Zürich gaben die abweichende Ja-Parole heraus.

<sup>12</sup> Weitere Nein-Parolen durch: SD, Personal öffentl. Verwaltungen und Betriebe (FöV), Swissmem.

Tabelle 4.1: Wahrnehmung der Inhalte: Bundespersonalgesetz

Wahrnehmungen	Prozent der Antwortenden	Zahl der Antworten
Abschaffung des Beamtenstatus	45	412
Angleichung an die Privatwirtschaft	8	72
Gesamtarbeitsvertrag möglich	8	72
Leistungslohn	(3)	28
Kündigungsschutz, Löhne, Arbeitsbedingung	(3)	28
Anderes	12	103
Weiss nicht	25	231
Total % Antwortende (n=914) / Total Antworten	104	946

Weil Mehrfachantworten möglich sind, steigt das Total der Prozente auf über 100 Prozent an. In Klammern gesetzte Prozentwerte sind aufgrund der beschränkten Fallzahlen bzw. des Stichprobenfehlers lediglich als Tendenz zu interpretieren. Gewichteter Datensatz (nach Vorlage).  
© IPZ/GfS: VOX-Analyse der eidgenössischen Abstimmung vom 26. November 2000.

Beinahe die Hälfte der Antwortenden (45%) wusste hingegen, dass das BPG den Beamtenstatus abschafft. Einigen war auch bekannt, dass das neue Personalgesetz die Arbeits- und Anstellungsbedingungen des Bundespersonals jenen in der Privatwirtschaft angleicht und dass damit auch Gesamtarbeitsverträge möglich würden (je 8%). Ein Viertel der Antwortenden konnte keine Angaben über den Inhalt des BPG machen.

### 4.3 Das Abstimmungsprofil

Grundsätzlich zeigte der Parolenspiegel der Parteien und Verbände eine hohe Unterstützung des BPG. Neben der SP und den Grünen gaben von den Parteien einzig die SD die Nein-Parole heraus. Während dem Abstimmungskampf manifestierte sich aber zunehmend Uneinigkeit im nahen politischen Umfeld des Referendatskomitees. Weder bildeten die Gewerkschaftsverbände eine geschlossene Front gegen das neue Gesetz, noch herrschte innerhalb der SP allorts Zufriedenheit mit der Nein-Parole. Entsprechend präsentiert sich das parteipolitische Abstimmungsprofil (siehe Tab. 4.2):

- In den Reihen der Mitglieder und SympathisantInnen von Gewerkschaften konnte mit einem Nein-Stimmenanteil von 43 Prozent keine Mehrheit gegen das BPG mobilisiert werden; auch wenn die Ablehnung damit deutlich höher liegt als bei jenen Personen, welche sich keinen Gewerkschaftsbeitritt vorstellen können.
- Auch die SP-Anhängerschaft orientierte sich wenig an der Nein-Parole ihrer Partei und stimmte mehrheitlich für das BPG (60%).

Trotz gradueller Unterschiede können die Pole bei dieser Abstimmung nicht auf einem Links-Rechts-Schema verortet werden. Die SVP-Sympathisanten und Sympathisantinnen stimmten beinahe im Einklang mit der SP-Anhängerschaft ab (60 bzw. 62 Ja-Stimmen). Die Anhängerschaft des Freisinns dagegen überflügelte mit ihrer deutlichen Bejahung die anderen Parteien (85%). Fasst man die Parteaaffinitäten der Befragten in drei Gruppen zusammen, wird dies noch deutlicher: Im rot-grünen Lager beträgt die Zustimmung 60

Prozent. In der bürgerlichen Mitte herrscht grosse Befürwortung (77%) des BPG vor, während im rechtskonservativen Lager die Zustimmung nur wenig höher ist (64%) als im rot-grünen Lager. Jene materiell Stimmenden, welche keine Affinität zu einer Partei aufweisen, demonstrieren mit 72 Prozent Ja-Stimmen eine sehr positive Haltung gegenüber der Gesetzesvorlage.

Tabelle 4.2: Das Stimmverhalten nach politischen und gesellschaftlichen Merkmalen: Bundespersonalgesetz

Merkmal / Kategorie	% Ja-Stimmen	Zeilentotale	Cramer's V
Total VOX (gewichtet)	67	442	
<i>Partei</i>			0.23*
SPS	(60)	77	
CVP	(68)	25	
FDP	85	59	
SVP	(62)	52	
<i>Sprachregion</i>			0.19**
Deutschschweiz	72	328	
Französische Schweiz	(52)	93	
Italienische Schweiz	(55)	20	
<i>Staatseingriffe / Wettbewerb</i>			0.19*
– Mehr Staat	(50)	20	
– 2	(40)	20	
– 3	72	97	
– 4	(60)	77	
– 5	69	85	
– mehr Wettbewerb	74	116	
<i>Politische Lager nach Parteien</i>			0.15*
Rot-Grüne	(59)	85	
Bürgerliche Mitte	77	95	
Rechtskonservative	64	58	
keine Partei	72	130	
<i>Berufliche Stellung</i>			0.16**
Kader	74	176	
Sonstige Angestellte und Arbeiter	59	171	
<i>Angestellter Bund, Post, SBB</i>			0.14**
Bei Bund/Post/SBB angestellt	(44)	34	
Nicht bei Bund/Post/SBB angestellt	69	405	
<i>Mitgliedschaft Gewerkschaften</i>			0.13**
aktiv/passiv/vorstellbar	(57)	111	
nicht vorstellbar	71	321	

In Klammern gesetzte Prozentwerte sind aufgrund der beschränkten Fallzahlen bzw. des Stichprobenfehlers lediglich als Tendenz zu interpretieren. Gewichteter Datensatz (nach Vorlage); vgl. auch: Methodischer Steckbrief.  
\* signifikant (p<0.05); \*\* hoch signifikant (p<0.01).  
© IPZ/GfS: VOX-Analyse der eidgenössischen Abstimmung vom 26. November 2000.

In der VOX-Analyse wird der bereits aus den kantonalen Abstimmungsergebnissen ableitbare Gegensatz zwischen den Sprachregionen untermauert. In der Deutschschweiz wurde das neue BPG mit 72 Prozent Zustimmung sehr deutlich unterstützt. In der französischsprachigen Schweiz dagegen stimmte nur eine äusserst knappe Mehrheit für das neue Gesetz (52%). Auch im italienischsprachigen Landesteil basierte die Zustimmung mit 55 Prozent auf einer bescheidenen Mehrheit.

Während die Mehrheit der französischsprachigen Rot-Grünen die Vorlage eindeutig verworfen hätte (35% Ja-Stimmen), stimmten die Sympathisantinnen und Sympathisanten der rot-grünen Parteien in der Deutschschweiz dem BPG deutlich zu (67%). Der Unterschied zwischen den rot-grünen Ja-Stimmenden aus den zwei Sprachregionen beträgt also 32 Prozentpunkte. Von der Solidarität zwischen den deutsch- und französischsprachigen Rot-Grünen, welche ursprünglich zur Nein-Parole geführt hatte, war somit bei der Abstimmung nicht mehr viel zu spüren.

Über dieses dominierende Muster bei der Abstimmung über das BPG hinweg lassen sich noch folgende Aspekte hervorheben:

- Auffällig ist, dass Personen, welche im Beruf eine Kaderposition einnehmen, dem BPG eher zustimmten als Angestellte und ArbeiterInnen. Dies kann als Indiz dafür interpretiert werden, dass die Kritik des Referendumskomitees, wonach die Absicht bestehe, vor allem bei den unteren Einkommen Lohnabbau zu betreiben, bei den Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmern der unteren Hierarchiestufen gewisse Bedenken wecken konnte.
- Im Hinblick auf die betroffenen Angestellten der Bundesverwaltung, der Post und der SBB lassen sich – aufgrund der beschränkten Fallzahlen – nicht die absoluten Zahlen, aber Abweichungen vom Durchschnitt präsentieren: Der Ja-Stimmenanteil der Bundesangestellten, welche einen materiellen Entscheid gefällt haben, lag weit über 20 Prozentpunkte unter dem Durchschnitt von 72 Prozent Ja-Stimmen.

#### 4.4 Entscheidungsmotive

Fragt man nach den Motiven für die Unterstützung des BPG, kristallisiert sich der Hauptgrund deutlich heraus: 67 Prozent der antwortenden Ja-Stimmenden wollten mit ihrer Stimmabgabe eine Gleichbehandlung der Bundesangestellten mit den Angestellten aus der Privatwirtschaft erwirken (siehe Tab. 4.3). Dabei wurde meistens ganz allgemein auf diese Gleichbehandlung verwiesen (36%); häufig wurde aber auch auf die Aufhebung bisheriger «Beamten-Privilegien» bzw. die Abschaffung des Beamtenstatus verwiesen. Nur sehr selten explizit als Motiv erwähnt wurde die Abschaffung des bisherigen Kündigungsschutzes für Bundesangestellte.

In allen parteipolitischen Lagern und allen Sprachregionen war das Gleichbehandlungs-Motiv das wichtigste Ja-Motiv. Anzumerken ist, dass sich vor allem die bürgerliche Mitte durch das neue BPG eine Leistungssteigerung bei den Beamten erhoffte. Dieses Motiv gehört zu den drei meistgenannten (12%) in diesem parteipolitischen Lager. Spiegelbildlich zu den Motiven der Ja-Stimmenden rückten auch die Nein-Stimmenden die Beamten als Berufsgruppe und deren Status ins Zentrum ihrer Argumentation. Bei-

nahe die Hälfte der Antwortenden (48%) verweist auf diesen Aspekt und macht dabei Betroffenheit oder Solidarität geltend, gibt ihrem Vertrauen in die Beamten Ausdruck oder spricht sich für die Wahrung des Beamtenstatus aus. Andere, spezifische Beweggründe werden kaum genannt.

Tabelle 4.3: Entscheidungsmotive der Stimmenden: Bundespersonalgesetz

Motive	Prozent der Antwortenden	Zahl der Antworten
<b>Ja-Motive</b>		
<i>Gleichbehandlungs-Aspekt</i>	50	157
Gleichbehandlung allgemein	36	113
Keine Privilegien	(10)	31
Kündigungsschutz aufheben	(4)	13
<i>Veraltetes Gesetz muss angepasst werden</i>	26	81
<i>Beamtenstatus abschaffen</i>	17	52
<i>Qualitäten des Bundespersonalgesetzes</i>	15	46
Mehr Leistung	(9)	29
Positiv bezügl. Flexibilität, Image, Lohn	(6)	17
<i>Empfehlungen Bundesrat</i>	(7)	22
<i>Freier Markt soll spielen</i>	(4)	11
<i>Anderes und Allgemeines</i>	21	66
<i>Falsche oder unverständliche Motive, weiss nicht</i>	(4)	11
Total % Antwortende (n=312) / Total Antworten	144	446
<b>Nein-Motive</b>		
<i>Motive mit Bezug auf den Beamtenstatus / die Beamten</i>	48	55
Selber Beamter / Solidarität mit Beamten	(20)	23
Beamtenstatus wahren / für Beamte	(17)	20
Vertrauen in die Arbeit von Beamten	(9)	10
Anderes mit Bezug auf Beamten resp. -status	(2)	2
<i>Motive mit Bezug auf Arbeitsbedingungen</i>	(24)	27
<i>Nichts ändern / neues BPG ist unnötig</i>	(13)	15
<i>Motive mit Bezug auf Soziales und Sozialabbau</i>	(11)	13
<i>Allgemeines und anderes</i>	41	47
<i>Falsche und unverständliche Motive / weiss nicht</i>	(10)	12
Total % Antwortende (n=115) / Total Antworten	147	169
<small>Weil Mehrfachantworten möglich sind, steigt das Total der Prozente auf über 100 Prozent an. In Klammern aufgeführte Prozentwerte sind aufgrund der beschränkten Fallzahlen bzw. des Stichprobenfehlers lediglich als Tendenz zu interpretieren. Bei den Unterkategorien sind die am häufigsten genannten Motive aufgeführt.  Gewichteter Datensatz; vgl. Methodischer Steckbrief.  © IPZ/GfS: VOX-Analyse der eidgenössischen Abstimmung vom 26. November 2000.</small>		

#### 4.5 Pro- und Kontra-Argumente

Von den sechs getesteten Argumenten (siehe Tab. 4.4) konnten nur zwei Argumente der Befürworterschaft die Zustimmung eine sichere Mehrheit finden. Alle drei Pro-Argumente wiesen indessen eine hohe Verhaltenskonsistenz auf. Das heisst, diejenigen Personen, welche sich mit dem jeweiligen Argument einverstanden erklärten, stimmten meistens auch für das BPG.

Die breiteste Unterstützung fand die Aussage, es sei nur recht, dass mit dem neuen BPG für die Bundesangestellten dieselben Arbeitsregelungen gelten wie für die anderen drei Millionen Erwerbstätigen. Somit kommt auch im Argumententest die Bedeutung der Gleichbehandlungsidee zum Tragen, deren Einfluss auf die Stimmabgabe bereits auch bei den Entscheidungsmotiven aufgezeigt werden konnte.

Mit dem Argument, wonach der im BPG vorgesehene Leistungslohn ein gutes Instrument sei, um Anreize für gute Arbeit in der Verwaltung zu schaffen, erklärten sich 63 Prozent der antwortenden Stimmberechtigten einverstanden.

Dagegen war sich nur die Hälfte der Antwortenden sicher, ob das BPG für die Konkurrenzfähigkeit von SBB und Post im freien Markt notwendig sei. In diesem Punkt herrschte eher Unsicherheit, was der 19-prozentige Anteil der Unentschiedenen zeigt. Wer jedoch dem Argument zustimmte, entschied sich an der Urne mit hoher Wahrscheinlichkeit für das neue Gesetz.

Auf vergleichsweise sehr geringe Zustimmung stiessen die Kontra-Argumente des Referendumskomitees. Nur gerade rund ein Drittel (35%) stimmte dem Argument 5 zu und wollte mit einem Nein zum BPG ein Zeichen gegen Deregulierung und Sozialabbau setzen. Damit erhielt dieses Argument von den drei Kontra-Argumenten zwar noch am meisten Zustimmung, besonders verhaltensrelevant wirkte es aber nicht.

Die Ansicht, das BPG stelle einen Angriff auf den Service Public dar, weil es die Arbeitsbedingungen im öffentlichen Dienst verschlechtere, führte mit einer Verhaltenskonsistenz von 81 Prozent schon eher zu einem Nein-Entscheid. Jedoch war lediglich knapp ein Viertel (24%) der antwortenden Stimmberechtigten mit dieser Aussage einverstanden. Das heisst mit anderen Worten: Auffallend an diesem Argument ist vor allem der selten hohe Anteil an Personen, die sich explizit nicht einverstanden erklären (59%) mit der vom gegnerischen Komitee vorgenommenen Interpretation des BPG.

Schliesslich fehlte dem Argument, wonach der im BPG festgeschriebene Kündigungsschutz ungenügend sei, die Schlagkraft vor allem deshalb, weil nur noch jede fünfte stimmberechtigte Person (20%) sich damit einverstanden erklärte und insofern auch eine hohe Verhaltenskonsistenz von 81 Prozent keine Abhilfe leisten konnte. Augenfällig ist hier vor allem auch der hohe Anteil unentschiedener Personen. Ein Drittel konnte die Qualität des Kündigungsschutzes im neuen BPG nicht bewerten.

In Verbindung mit der Analyse zur inhaltlichen Wahrnehmung und den spontanen Entscheidungsmotiven ergibt sich damit der Eindruck, dass die Trägerschaft des Referendums zum einen Teil an der Komplexität des Gegenstandes bzw. der Differenziertheit der Kritikpunkte, zum anderen Teil aber auch an der wenig schlagkräftigen Deregulierungsargumentation gescheitert ist.

Tabelle 4.4: Pro- und Kontra-Argumente: Bundespersonalgesetz

Argumente, Statements	Einver- standen	Nicht einver- standen	Unent- schieden	Cramer's V (Signifikanz)	Verhaltens- konsistenz <sup>a</sup>
	n = Stimmende			n = Stimmende	
<i>Pro-Argumente*</i>					
1) Es ist nur recht, dass mit dem neuen BPG für die Angestellten vom Bund die gleichen Arbeitsregelungen gelten wie für die anderen 3 Millionen Erwerbstätigen auch.	71	18	11	0.57**	83
2) Der Leistungslohn im BPG ist ein gutes Instrument, um Anreize für gute Arbeit der Verwaltung zu schaffen.	63	23	14	0.48**	79
3) Auf dem freien Markt müssen vor allem auch SBB und Post konkurrenzfähig bleiben; das ist nur mit dem neuen BPG möglich.	52	29	19	0.52**	80
<i>Kontra-Argumente</i>					
4) Das BPG ist ein Angriff auf den Service Public, weil es die Arbeitsbedingungen im öffentlichen Dienst verschlechtert.	24	59	17	0.62**	85
5) Mit der Ablehnung vom BPG kann man ein Zeichen gegen Deregulierung und Sozialabbau setzen.	35	44	21	0.46**	75
6) Der Kündigungsschutz im neuen BPG ist ungenügend.	20	48	33	0.50**	81
<small>* Die Formulierung erfolgte so, dass die Argumente im Dialekt direkt vorgelesen werden konnten.  <sup>a</sup> Verhaltenskonsistenz liegt dann vor, wenn möglichst viele, die sich mit einem Pro-Argument (Kontra-Argument) einverstanden erklären, auch tatsächlich ja (nein) stimmen.            Gewichteter Datensatz; vgl. Methodischer Steckbrief.            © IPZ/GfS: VOX-Analyse der eidgenössischen Abstimmung vom 26. November 2000</small>					

## 5. Die Volksinitiative «für tiefere Spitalkosten»

### 5.1 Die Ausgangslage

1998 lancierte die Denner AG die Spitalkosten-Initiative. Anlass waren die trotz Einführung des neuen Krankversicherungsgesetzes steigenden Krankenkassenprämien. Mit dem Ziel, die Kosten der obligatorischen Krankversicherung einzudämmen, schlug die Denner AG vor, das Obligatorium der Krankenpflegeversicherung auf den Spitalbereich zu beschränken und alle anderen Leistungen auszuschliessen. Das Initiativkomitee war der Meinung, dass die ambulante, weniger teure medizinische Behandlung vom Grossteil der Bevölkerung selbst getragen werden könne. Die Erwachsenenprämie hätte somit noch 60 Franken betragen, für Jugendliche 25 Franken. Neu hätten auch Privatversicherer im Rahmen des Gesetzes als Versicherer auftreten können und hätten den Kantonen bzw. den Spitälern eine Tagespauschale von Fr. 250.– für die erbrachten Leistungen erbracht. Die Initiative stiess bei sämtlichen politischen Parteien auf Widerstand, da befürchtet wurde, dass eine Zweiklassenmedizin und ein «ruinöser Wildwuchs» im Krankenversicherungswesen entstünde.

### 5.2 Die Wahrnehmung

Wie in Kapitel 1.1 schon dargelegt wurde, sprachen die Befragten der Spitalkosten-Initiative eine hohe persönliche wie auch nationale Bedeutung zu. Dennoch konnten 28 Prozent der Befragten bei der Frage nach dem konkreten Inhalt der Initiative keine Angabe machen und antworteten mit «weiss nicht» (vgl. Tab. 5.1).

Tabelle 5.1: Wahrnehmung der Inhalte: Spitalkosten-Initiative

Wahrnehmungen	Prozent der Antwortenden	Zahl der Antworten
Bezug auf Reduktion der Kosten	17	155
Bezug auf Denner	14	124
Bezug auf Spitalleistungen / Leistungsabbau	35	318
Anderes/Allgemeine Äusserungen	9	85
Weiss nicht	28	257
Total % Antwortende (n=912)/Total Antworten	103	939

Weil Mehrfachantworten möglich sind, steigt das Total der Prozente auf über 100 Prozent an. In Klammern gesetzte Prozentwerte sind aufgrund der beschränkten Fallzahlen bzw. des Stichprobenfehlers lediglich als Tendenz zu interpretieren. Gewichteter Datensatz (nach Vorlage).  
© IPZ/GfS: VOX-Analyse der eidgenössischen Abstimmung vom 26. November 2000.

Die meisten materiellen Nennungen (35%) erfolgten in Bezug auf die Leistungen der Spitäler resp. den Leistungsabbau bei Annahme der Initiative. In dieser Kategorie wurde am meisten darauf verwiesen, dass nur noch die Spitalaufenthalte versichert wären (22%). An zweiter Stelle standen Nennungen im Zusammenhang mit einer Reduktion der Kosten. Schliesslich war für 14 Prozent auch wesentlich, dass die Initiative von der Denner AG lanciert wurde und sie stellten diesen Bezug her.

### 5.3 Das Abstimmungsprofil

Die Ablehnung der Spitalkosten-Initiative war nahezu einhellig. Unter den materiell Stimmenden machten die Nein-Stimmen 82 Prozent aus, nur gerade 18 Prozent stimmten mit Ja.

Dieser allgemeine Konsens widerspiegelt sich auch im Abstimmungsprofil: In den verschiedenen sozialen und gesellschaftlichen Gruppen war die Ablehnung gross, so dass zwischen den soziodemographischen Merkmalen und dem Stimmentscheid kein signifikanter Zusammenhang festgestellt werden konnte. Auch bei den parteipolitischen Merkmalen zeigen sich nur graduelle Unterschiede: So liegen die Neinstimmenanteile bei den Bundesratsparteien mit Ausnahme der SVP über 80 Prozent. Unter den Befragten mit CVP-Sympathie findet sich keine einzige Person, welche mit Ja gestimmt hat. Die Ablehnung der Denner-Initiative ist zwar im rechtskonservativen Lager vergleichsweise weniger ausgeprägt, aber immer noch sehr deutlich (siehe Tab 5.2).<sup>13</sup>

Tabelle 5.2: Das Stimmverhalten nach politischen Merkmalen: Spitalkosten-Initiative

Merkmal / Kategorie	% Nein-Stimmen	Zeilentotale	Cramer's V
Total VOX (gewichtet)	82	392	
Partei			(0.19)
SPS	83	75	
CVP	100	25	
FDP	86	58	
SVP	76	41	
Politische Lager nach Parteien			0.16*
Rot-grüne	82	88	
Bürgerliche Mitte	91	93	
Rechtskonservative	79	61	
keine Partei	76	157	

In Klammern gesetzte Prozentwerte sind aufgrund der beschränkten Fallzahlen bzw. des Stichprobenfehlers lediglich als Tendenz zu interpretieren. Gewichteter Datensatz (nach Vorlage); vgl. auch: Methodischer Steckbrief.  
\* signifikant (p<0.05); \*\* hoch signifikant (p<0.01).  
© IPZ/GfS: VOX-Analyse der eidgenössischen Abstimmung vom 26. November 2000

<sup>13</sup> Die Variable Parteiaffinität wurde in die Variable politisches Lager rekodiert. Dabei wurden die SPS, Grüne, PdA, Frap, GB und ADG dem rot-grünen Lager, die CSP, CVP, EVP, FDP, LdU, LPS dem bürgerlichen und die SVP, FPS, Lega und SD dem rechtskonservativen Lager zugeordnet.

## 5.4 Entscheidungsmotive

Die Analyse der Entscheidungsmotive zeigt, dass die Argumente für die vermeintlich attraktive Initiative zur Senkung der Spitalkosten «zum Wohle der Bürgerinnen» nicht verfangen. Vielmehr nahmen die Stimmenden zwei wesentliche Argumentationen auf, welche von der Gegnerschaft ins Feld geführt wurden (siehe Tab. 5.3):

- 50 Prozent der Antwortenden nahmen einerseits Bezug auf sozialpolitische Motive. In dieser Kategorie begründeten 17 Prozent ihre Neinstimme damit, dass sich Arme und «Normalbürger» eine Zusatzversicherung nicht mehr leisten könnten. Weitere neun Prozent argumentierten mit einer Entsolidarisierung.
- Andererseits nahmen 50 Prozent der Antwortenden Bezug auf die Schwächen der Initiative. Dabei wurde hier mit den konkreten, monetären Folgen argumentiert (17%) oder es wurden mehr allgemeine Motive aufgeführt, welche die Kritik an der Radikalität der Initiative aufnahmen oder grundsätzlich den von der Initiative eingeschlagenen Lösungsweg als falsch bezeichneten.

Ganze 32 Prozent der Antwortenden gaben Motive an, die unter «anderes» fallen, wobei nur ein kleiner Anteil auf Empfehlungen von Politikern oder Parteien oder aus dem Familien- oder Bekanntenkreis entfällt.

In der Untersuchung machten 30 Antwortende eine materielle Angabe zu ihren Ja-Motiven. Da es sich um eine zu geringe Fallzahl für fundierte Aussagen handelt, sei an dieser Stelle lediglich zur Illustration erwähnt, dass vierzehn Antwortende auf die Kosten Bezug genommen haben («Krankenkassentarife sparen», «Kosten sind viel zu hoch»), elf Antwortende stimmten aus Gefühl für die Initiative, oder weil es ihnen als wichtig und sinnvoll erschien.

Tabelle 5.3: Entscheidungsmotive der Stimmenden: Spitalkosten-Initiative

Motive	Prozent der Antwortenden	Zahl der Antworten
<b>Nein-Motive</b>		
<i>Bezug auf Schwächen der Initiative</i>	50	216
Kosten schon zu hoch/verteuert Medizin	17	75
Geht zu weit, ist zu extrem	11	49
Ist unmöglich, falscher Weg	10	45
<i>Bezug auf Soziales</i>	50	215
Normalbürger können sich es nicht leisten	17	74
Entsolidarisierung	11	49
<i>Allgemeines</i>	(6)	26
<i>Bezug auf Denner / Schweri</i>	(6)	25
<i>Anderes</i>	32	139
<i>Falsche und unverständliche Motive/weiss nicht</i>	(4)	18
Total % Antwortende (n=432) / Total Antworten	148	639

Weil Mehrfachantworten möglich sind, steigt das Total der Prozente auf über 100 Prozent an. In Klammern aufgeführte Prozentwerte sind aufgrund der beschränkten Fallzahlen bzw. des Stichprobenfehlers lediglich als Tendenz zu interpretieren. Bei den Unterkategorien sind die am häufigsten genannten Motive aufgeführt.  
Gewichteter Datensatz; vgl. Methodischer Steckbrief.  
© IPZ/GIS: VOX-Analyse der eidgenössischen Abstimmung vom 26. November 2000.

## 6. Methodischer Steckbrief

Grundlage für die vorliegende VOX-Analyse bot eine zwischen dem 27. November und dem 8. Dezember 2000 vom GfS-Forschungsinstitut per Telefon realisierte Befragung. Die Befragung selber wurde von den 39 BefragterInnen des GfS-Forschungsinstituts von zu Hause ausgeführt, wobei das GfS-Forschungsinstitut als Kontrollinstanz die Möglichkeit hat, die Befragung extern und ohne Vorankündigung telefonisch zu beaufsichtigen.<sup>14</sup>

Die Stichprobenziehung erfolgte in einem geschichteten Zufallsverfahren. Der Stichprobenumfang beträgt 1024 stimmberechtigte Personen. Die Repräsentativität (anhand von: Sprachregion, Siedlungsart, Kanton, Geschlecht) ist gewährleistet. Lediglich die Alterskategorie der 18- bis 39-Jährigen ist in der Stichprobe minim unterrepräsentiert (-4%). Die Grösse der Stichprobe ergibt bei einer reinen Zufallsauswahl und einer Verteilung der Prozentwerte von 50:50 einen Stichprobenfehler von +/- 3,2 Prozent. Bei einer geringeren Stichprobengrösse erhöht sich der Stichprobenfehler, so dass bei 600 Befragten der Stichprobenfehler bei gleicher Verteilung wie zuvor +/- 4,1 Prozent beträgt. Vorsicht bei der Interpretation der Daten ist dort geboten, wo die Subsamples klein sind und die Verteilung der Prozentwerte ausgeglichen ist. In der vorliegenden Analyse wurde solchen Fällen insofern Rechnung getragen, als die Prozentwerte für geringe Fallzahlen und/oder einen Stichprobenfehler, der keine Schlüsse mehr über die relevanten Mehrheitsverhältnisse (z. B. 50% Ja oder Nein-Stimmen) zulässt, in Klammern aufgeführt wurden. Diese Werte sind höchstens als Tendenz zu interpretieren.

Wiederholt erfolgte bei der VOX-Analyse eine Gewichtung der Stimmbeteiligung oder des Abstimmungsentscheides, da in der Regel die in der Stichprobe erzielten Werte von den tatsächlichen Resultaten leicht abweichen. Beim Erstellen der Gewichtungsfaktoren wurden in einem ersten Schritt diejenigen Personen ohne Ja/Nein-Entscheid ausgeschlossen. Der übrigbleibende dichotome Gegensatz wurde in einem zweiten Schritt entsprechend dem realen Stimmentscheid korrigiert, so dass er das Ja/Nein-Verhältnis der Realität genau widerspiegelt.

Das Signifikanzniveau stützt sich auf einen Chi-Quadrat-Unabhängigkeitstest. Dabei stehen \* für eine Signifikanz unter 0.05 und \*\* für eine solche unter 0.01. Im letzteren Fall bedeutet dies, dass die Wahrscheinlichkeit, dass ein Zusammenhang zwischen zwei Variablen zufällig entstanden ist, unter einem Prozent liegt und deshalb der Zusammenhang im statistischen Sinne als hoch signifikant bezeichnet werden kann.

Als Zusammenhangsmass zwischen zwei Variablen wurde in der vorliegenden Analyse Cramer's V verwendet, wobei bei einem Wert von 0 von keinem Zusammenhang und bei einem Wert von 1 von einem vollständigen Zusammenhang ausgegangen werden kann. Die Werte sind allerdings nicht in ihrem absoluten mathematischen Wert untereinander vergleichbar, da in die Berechnung von Cramer's V die Anzahl der Merkmalskategorien der beiden Variablen und die Anzahl Fälle einfließen.

<sup>14</sup> Genauere Angaben zur Befragung finden sich in: Bieri Urs, Longchamp Claude, Golder Lukas: Technischer Bericht zur VOX-Analyse Nr. 72 vom 26.11.2000. GfS, Bern



## Die Hauptergebnisse der Abstimmungen vom 26. November 2000

Am 26. November 2000 hatten die Stimmberechtigten über fünf Vorlagen zu befinden – vier Volksinitiativen und das Referendum zum Bundespersonalgesetz. Dabei ist das Stimmvolk auf der ganzen Linie den Empfehlungen von Bundesrat und Parlament gefolgt. Das heisst, das Bundespersonalgesetz wurde mit 67 Prozent angenommen; sämtliche Initiativen hingegen wurden verworfen. Das bedeutete insbesondere eine Niederlage für die Sozialdemokratische und Grüne Partei, welche mit Ausnahme der Spitalkosten-Initiative gegenteilige Parolen verabschiedet hatten.

Aufgrund der langjährigen Erfahrung mit Erfolgsaussichten von Volksinitiativen erstaunte die Ablehnung derselben nicht. Da die Spitalkosten-Initiative einzig von der Lega unterstützt wurde, war hier auch das wuchtige Nein von 82 Prozent nicht überraschend. Erstaunlicherweise wurde aber die Initiative für eine Flexibilisierung der AHV des Schweizerischen Kaufmännischen Vereins mit 61 Prozent viel deutlicher verworfen als die inhaltlich sehr ähnliche Initiative der Grünen für ein flexibles Rentenalter ab 62 (54 Prozent Nein-Stimmen).

Insgesamt zeigte sich bei der Meinungsbildung für die Abstimmung vom 26. November 2000 das für viele VOX-Analysen typische Bild: Für die Stimmenden waren Zeitungen und das «Bundesbüchlein» die zwei wichtigsten Orientierungsmittel. Das Medium Internet wurde hingegen weiterhin nur sehr marginal als Informationsquelle zur Meinungsbildung verwendet. Die Spitalkosten-Initiative wurde von den Befragten als die persönlich bedeutsamste Vorlage betrachtet – auch wenn die inhaltliche Auseinandersetzung mit dieser Vorlage nicht sehr weit ging.

### Die AHV-Initiativen

Die beiden Rentenalter-Initiativen waren eine weitere Reaktion auf die am 25. Juni 1995 angenommene 10. AHV-Revision. Sowohl die von Arbeitnehmerverbänden eingereichte Flexibilisierungs-Initiative als auch die von den Grünen vorgeschlagene Initiative zum Rentenalter 62 sahen ein flexibles Ruhestandsalter von 62 Jahren ohne finanzielle Einbuße für die Pensionierten vor. Die beiden Initiativkomitees schlugen indessen unterschiedliche Finanzierungsmodelle vor (Flexibilisierungs-Initiative: bessere Vermögensverwaltung und Goldreserven der Nationalbank; Rentenalter 62: ökologische Steuerreform sowie Einsparungen beim Militär). Darüber hinaus wollte die Initiative der Grünen auch eine Teilzeitrente einführen.

Besonders die Altersgruppe der 40- bis 64-Jährigen erachtete die beiden Vorlagen – unabhängig vom Geschlecht – in der persönlichen Einschätzung als bedeutsam. Insgesamt haben Stimmende aus der lateinischen Schweiz sowie Stimmende mit einer links-grünen politischen Ausrichtung beide Initiativen klar angenommen, während DeutschschweizerInnen und Bürgerliche, Rechtskonservative sowie Stimmende ohne Parteiaffinitäten sie

ablehnten. Die multivariate Analyse zeigt, dass die Zugehörigkeit zum sprachkulturellen Raum und die parteipolitische Orientierung auf der Links-Rechts-Achse die beiden Hauptfaktoren zur Erklärung des Abstimmungsergebnisses sind und zu gleichen Teilen das Stimmverhalten beeinflusst haben. Der Einfluss des Alters ist als gering einzuschätzen.

Obwohl ein flexibles Rentenalter bei den Befragten im Grundsatz Anklang findet, war – wie bei früheren Abstimmungen über AHV-Initiativen – die Kostenfrage und die als unsicher erachtete Finanzierungsgrundlage der wichtigste Grund, die zwei Vorlagen abzulehnen.

Hinsichtlich des unterschiedlichen Abschneidens der zwei Initiativen können keine abschliessenden Erklärungen abgegeben, aber erste Hinweise und Befunde präsentiert werden:

- Die Wahrnehmung der Inhalte konzentrierte sich zu mehr als der Hälfte der Antworten auf das sowohl tiefere als auch flexiblere Rentenalter. Die Initiative Rentenalter 62 der Grünen scheint jedoch – wohl nicht zuletzt aufgrund des Titels – den Bezug zum Rentenalter etwas deutlicher kommuniziert zu haben als die Flexibilisierungs-Initiative. Deutlich mehr Befragte verweisen bei der Angabe zur inhaltlichen Wahrnehmung dieser Initiative explizit auf das «Rentenalter 62» und damit auf den Titel der Vorlage.
- Der Absender der Initiativen scheint zumindest insofern nicht relevant gewesen zu sein, als die SympathisantInnen der Angestelltenverbände ihre «eigene» Initiative (Flexibilisierungs-Initiative) nicht signifikant besser unterstützt haben als die Initiative der Grünen.
- Auch wenn man den Effekt der sprachkulturellen Zugehörigkeit kontrolliert, behält die parteipolitische Orientierung die gleiche Erklärungskraft. Das heisst, eine stärkere parteipolitische Polarisierung kann in der Romandie nicht nachgewiesen werden.

### Die Umverteilungs-Initiative

Bei der Abstimmung über die Kürzung von Militärausgaben und die Umverteilung der daraus entstehenden Einsparungen öffneten sich die klassischen parteipolitischen Gräben. Die Ablehnung bei den Anhängern der Parteien der bürgerlichen Mitte und des rechtskonservativen Lagers war mit über 80 Prozent Nein-Stimmen eindeutig. Im rot-grünen Lager hingegen erhielt die Vorlage deutliche Zustimmung.

In den Augen der Initiativgegnerinnen und -gegner muss sich die Armee weiterhin auf die Landesverteidigung konzentrieren, was mit einer weiteren Kürzung der Ausgaben nicht vereinbar ist. Bei den BefürworterInnen stand vor allem die Kritik an der Armee und die zu hohen Kosten für eine zu grosse Armee im Vordergrund, aber auch das Argument der Friedenssicherung fand recht breite Unterstützung. Insgesamt gelang es aber den InitiantInnen nicht, genügend überzeugende Argumente gegen die Institution Armee ins Feld zu führen. Die Werthaltungsfrage nach einer starken/schwachen Armee zeigt, wie sehr die Befragten hinter einer starken Armee stehen.

## Das Bundespersonalgesetz

Fast die Hälfte der Befragten hat das Bundespersonalgesetz (BPG) inhaltlich auf die Abschaffung des Beamtenstatus reduziert. Nur wenige brachten das BPG spontan mit den vom Referendumskomitee betonten Inhalten in Zusammenhang. Einem Viertel der Befragten war nichts über den Inhalt der Gesetzesvorlage bekannt.

Die relativ hohe Zustimmung zum BPG hing unter anderem damit zusammen, dass eine Mehrheit der Anhängerschaft des links-grünen Parteienspektrums trotz der Nein-Parole der SPS und der Grünen für das Gesetz votierte. Auch unter den GewerkschaftssympathisantInnen befürwortete eine knappe Mehrheit das neue BPG. Der Ja-Anteil im rot-grünen Lager war mit 60 Prozent fast gleich hoch wie im rechts-konservativen Lager. Die stärkste Unterstützung erfuhr das neue Gesetz von der Anhängerschaft des Freisinns.

Das BPG wurde in der Deutschschweiz deutlich angenommen, in der französischsprachigen Schweiz fand es hingegen nur von einer knappen Mehrheit Unterstützung. Dieser Unterschied ist im links-grünen Lager besonders gross: Die französischsprachigen Links-Grünen haben im Gegensatz zu ihren KollegInnen in der Deutschschweiz das BPG abgelehnt. Die Annahme des BPG hing sehr deutlich mit der Ansicht zusammen, dass die Angestellten des Bundes, der Post und der SBB gleichbehandelt werden sollten, wie alle anderen Angestellten.

## Die Spitalkosten-Initiative

Die Ablehnung dieser Volksinitiative war mit 82 Prozent Nein-Stimmen deutlich. Bei der Analyse entlang parteipolitischer Orientierungen lässt sich lediglich ein Unterschied in der Intensität der Ablehnung feststellen. Die Ablehnung ist im rechtskonservativen Lager mit 79 Prozent Nein-Stimmen am «schwächsten» und gipfelt bei der bürgerlichen Mitte auf einen Nein-Anteil von 92 Prozent. Die Nein-Motive konzentrierten sich auf die von der Gegnerschaft betonten sozialpolitischen Konsequenzen der Vorlage sowie allgemeine Schwächen der Vorlage. Die vom Initiativkomitee vorgeschlagenen Massnahmen zur Kosteneindämmung haben die StimmbürgerInnen nicht überzeugt. Vielmehr haben sie den damit verbundenen Leistungsabbau wahrgenommen und bei den Nein-Motiven auch auf die steigenden Kosten für ihre medizinische Versorgung hingewiesen.

## Die Datenbasis der Studie

Die vorliegende VOX-Analyse basiert auf einer computergestützten telefonischen Befragung, welche das GfS-Forschungsinstitut in den 10 Tagen nach der Volksabstimmung durchgeführt hat. Befragt wurden dabei 1024 StimmbürgerInnen, die nach einem systematischen Zufallsverfahren ausgewählt worden waren (vgl. Methodischer Steckbrief). Die Interpretation der Ergebnisse nahm ein Forschungsteam des Instituts für Politikwissenschaft der Universität Zürich vor.

Universität Zürich  
Institut für Politikwissenschaften  
Herrn lic.phil.  
Urs Ottiger  
Karl Schmid-Str. 4  
8006 Zürich

P.P.  
3001 Bern

## Europa auf polittrends.ch –

### Einstellung der Bevölkerung zur Europafrage vor, während und nach der Abstimmung zu den bilateralen Verhandlungen.

Seit zehn Jahren analysiert das GfS-Forschungsinstitut europäische Pro- und Contra-Strömungen in der Bevölkerung. Entstanden ist eine lückenlose Dokumentation über die Einstellung der Schweizer Bevölkerung in Europafragen, welche ihresgleichen sucht. Um die Wichtigkeit dieser Fragen zu unterstreichen, sind diese Analysen nun auch einer interessierten Öffentlichkeit zugänglich – unter [www.polittrends.ch](http://www.polittrends.ch).

#### ... GfS-«Europa-Barometer Schweiz»

. das aktuelle Europa-Barometer Schweiz, welches vom GfS-Forschungsinstitut seit rund zehn Jahren regelmässig erhoben wird und damit eine lückenlose Analyse allfälliger Meinungswandel der Bevölkerung in Europafragen ermöglicht – und dies über die Abstimmung zu den bilateralen Verträgen hinaus.

#### ... Euro-Chronik

. eine Chronik über wichtige Ereignisse rund um die Verhandlungen zu den bilateralen Verträgen, seit dem Dezember 1996.

#### ... Umfragen zum Stimmverhalten in Fragen der bilateralen Verträge

. Diverse Umfragen für öffentliche Stellen und das Schweizer Fernsehen im Vorfeld der Abstimmung vom 21. Mai 2000, welche Einblick in das Stimmverhalten und die dazu führende Motivation geben.

#### ... VOX-Analysen

Nachanalysen zu wichtigen aussenpolitischen Abstimmungen im letzten Jahrzehnt in einer Kurzfassung, allen voran die EWR-Abstimmung und die Abstimmung zu den bilateralen Verträgen.

Ferner finden Sie auf [polittrends.ch](http://polittrends.ch) links zu verschiedenen Homepages rund um die Schweiz und Europa.

In den letzten 6 Monaten von «[polittrends.ch](http://polittrends.ch)» haben sich rund 25'000 BesucherInnen von unserem virtuellen Polit-Magazin überzeugt.

GfS-Forschungsinstitut, Abteilung Politik und Staat  
Claude Longchamp, Abteilungsleiter  
Luca Bösch, Webmaster